

ZA6717

Gesellschaftliche und politische Einstellungen 2018

- Auswertungen -

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	2. bis 5. Januar 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

19 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 12 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (68 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht verändert % *)
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 KW 01	19	12	68
Ost		15	7	78
West		20	13	66
Männer		20	12	67
Frauen		18	13	69
Haushaltsnettoeinkommen:				
-	unter € 1.500	15	19	66
-	€ 1.500 bis unter € 3.000	17	18	65
-	€ 3.000 oder mehr	24	8	68

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 25 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 9 Prozent mit einer Verschlechterung.

65 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:				
	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 KW 01	25	9	65
Ost		22	8	68
West		25	9	64
Männer		27	9	63
Frauen		23	10	66
18- bis 29-Jährige		42	3	55
30- bis 44-Jährige		38	7	54
45- bis 59-Jährige		18	14	67
60 Jahre und älter		12	10	77
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		26	11	61
- € 1.500 bis unter € 3.000		30	11	59
- € 3.000 oder mehr		22	7	71
Anhänger der:				
	CDU/CSU	22	7	69
	SPD	24	8	67
	Linke	29	7	63
	Grünen	22	6	71
	FDP	29	11	58
	AfD	20	15	65

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

42 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 KW 01	49	42
Ost		43	45
West		50	41
Männer		51	41
Frauen		47	43
18- bis 29-Jährige		41	50
30- bis 44-Jährige		54	36
45- bis 59-Jährige		57	34
60 Jahre und älter		47	43
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		26	64
- € 1.500 bis unter € 3.000		50	42
- € 3.000 oder mehr		61	29
Anhänger der:			
CDU/CSU		55	38
SPD		51	38
Linke		53	37
Grünen		54	37
FDP		56	34
AfD		44	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

55 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

25 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 KW 01	55	25	18

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigerem Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher optimistisch einschätzen, meinen die Anhänger der Linkspartei und der AfD seltener als die Anhänger der anderen Parteien.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	55	25	18
Ost	48	31	19
West	56	24	18
Männer	59	22	17
Frauen	51	28	18
18- bis 29-Jährige	55	24	18
30- bis 44-Jährige	59	26	12
45- bis 59-Jährige	51	31	16
60 Jahre und älter	54	23	21
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	31	41	23
- € 1.500 bis unter € 3.000	49	31	18
- € 3.000 oder mehr	67	20	12
Anhänger der: CDU/CSU	64	21	13
SPD	58	24	17
Linke	42	38	18
Grünen	63	21	15
FDP	56	32	8
AfD	42	34	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	8. bis 12. Januar 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Zu Beginn des Jahres haben 48 Prozent der Bundesbürger den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

42 Prozent sind zur Zeit der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018	48	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen vor allem die Anhänger der Linkspartei und insbesondere die der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	48	42
Ost	41	48
West	49	41
Männer	48	45
Frauen	48	40
18- bis 29-Jährige	59	33
30- bis 44-Jährige	45	45
45- bis 59-Jährige	43	48
60 Jahre und älter	47	42
Anhänger der: CDU/CSU	66	24
SPD	55	35
Linke	29	58
Grünen	60	31
FDP	44	49
AfD	12	82

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 85 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

49 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 43 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 36 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 35 Prozent sind mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

31 Prozent zeigen sich mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit, 29 Prozent mit der Integration von Zuwanderern, und nur 26 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	85	84	86	86	85	88	83	84	86
Lage am Arbeitsmarkt	68	60	70	72	65	64	73	76	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49	34	51	49	49	63	54	47	37
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	40	44	47	40	55	39	40	46
Schul- und Bildungssystem	36	26	37	38	34	47	36	32	29
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	35	31	36	33	37	43	33	32	33
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	31	24	32	33	29	37	34	28	24
Integration von Zuwanderern	29	20	30	29	28	41	27	23	25
Sicherung der Altersversorgung	26	25	27	25	27	22	17	24	35

Die Zufriedenheitswerte mit den einzelnen Lebens- und Problembereichen bewegen sich zu Beginn des Jahres auf einem ähnlichen Niveau wie im Mittel des letzten Quartals 2017.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017				2018
	%	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	87	87	86	85
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	67	68	68	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	50	49	50	48	49
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	42	43	43	43	43
Schul- und Bildungssystem	44	46	45	41	41	37	36
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	39	38	37	35	35
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	35	36	34	32	31
Integration von Zuwanderern	30	30	33	32	33	30	29
Sicherung der Altersversorgung	35	30	31	31	31	28	26

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, führen weiter die Themen Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik und die Koalitions- bzw. Sondierungsgespräche die Liste der wahrgenommenen Themen an.

Danach folgen die Themen Integration (7 %), Rentenpolitik (5 %) sowie die Diskussion um die „Bürgerversicherung“ und die Umweltpolitik (jeweils 4 %).

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018			
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	KW02
	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	16
Koalitionsverhandlungen	-	-	-	-	12	11
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	7
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5
„Bürgerversicherung“	-	-	-	-	1	4
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	1	1	2	4	4
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	2	2	2	2	2	3
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	3
Bildungs-/Schulpolitik	0	1	3	4	4	3
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	1	2	2	1	1	2
Energiepolitik	0	-	-	-	0	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	15. bis 19. Januar 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

53 Prozent der Bundesbürger und damit deutlich weniger als im Mittel des letzten Quartals machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

46 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 KW 03	53	46

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	53	46
Ost	62	38
West	53	47
Männer	43	57
Frauen	64	36
18- bis 29-Jährige	45	54
30- bis 44-Jährige	49	51
45- bis 59-Jährige	56	44
60 Jahre und älter	62	38
Anhänger der: CDU/CSU	55	45
SPD	54	46
Linke	65	35
Grünen	59	41
FDP	54	46
AfD	50	50

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern aktuell weiterhin am häufigsten Nord-Korea und dessen Atomprogramm (24 %) genannt.

An zweiter Stelle folgen weiterhin die USA mit 19 Prozent der Nennungen. 10 Prozent nennen den Nahen Osten bzw. die arabischen Länder als Krisenregion. Asylbewerber und Flüchtlinge werden von ebenfalls 10 Prozent genannt. Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent als bedrohlich eingestuft.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017				2018
	%	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	KW03 %
Nord-Korea	-	-	-	10	27	24
USA	6	21	15	15	17	19
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10
Türkei	7	12	9	12	5	4
Syrien	18	14	15	8	6	6
IS/ Islamischer Staat	15	8	8	5	4	3
Iran	1	1	1	1	2	2
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	10
Russland	9	7	7	5	4	5
Ukraine	5	4	3	2	2	2
Afrika	2	3	2	3	3	3
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	4
Armut	2	2	2	2	2	3

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

38 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (10 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Knapp die Hälfte (49 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *)
	%	%	%
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017 I. Quartal	35	9	54
II. Quartal	34	9	54
III. Quartal	36	9	53
IV. Quartal	36	9	53
2018 KW 03	38	10	49
Ost	32	15	51
West	39	9	49
18- bis 29-Jährige	39	16	42
30- bis 44-Jährige	40	11	46
45- bis 59-Jährige	37	9	51
60 Jahre und älter	37	7	53
Anhänger der: CDU/CSU	39	4	56
SPD	44	5	49
Linke	54	6	37
Grünen	51	3	45
FDP	32	8	59
AfD	25	36	38

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

37 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

43 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 KW 03	37	15	43
Ost	46	17	33
West	35	15	45
18- bis 29-Jährige	36	14	46
30- bis 44-Jährige	38	19	38
45- bis 59-Jährige	41	14	40
60 Jahre und älter	35	14	46
Anhänger der: CDU/CSU	32	7	57
SPD	42	16	38
Linke	34	27	35
Grünen	24	18	56
FDP	37	18	39
AfD	59	22	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Während insbesondere die Anhänger der Linkspartei überdurchschnittlich häufig meinen, dass Deutschland in der EU zu wenig Rücksicht auf andere nehme, vertreten vor allem die AfD-Anhänger die gegenteilige Auffassung.

Deutliche Unterschiede in der Einschätzung zeigen sich in dieser Frage zwischen Ost und West: So meinen die Ostdeutschen deutlich häufiger als die Westdeutschen, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Staaten nehme.

22. Januar 2018
q8213.03/35880 Hr

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	22. bis 26. Januar 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

15 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 15 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit (69 %) konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 KW 01	19	12	68
	KW 04	15	15	69
Ost		17	16	67
West		15	14	69
Männer		20	13	66
Frauen		10	16	72
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	14	22	62
	- € 1.500 bis unter € 3.000	13	17	69
	- € 3.000 oder mehr	19	11	70

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 26 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 10 Prozent mit einer Verschlechterung.

62 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- änderung % *)
insgesamt:				
	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 KW 01	25	9	65
	KW 04	26	10	62
Ost		25	12	62
West		26	10	62
Männer		28	11	59
Frauen		23	10	64
18- bis 29-Jährige		45	5	46
30- bis 44-Jährige		35	12	50
45- bis 59-Jährige		21	10	68
60 Jahre und älter		11	14	73
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		30	13	53
- € 1.500 bis unter € 3.000		29	13	58
- € 3.000 oder mehr		24	8	68
Anhänger der:				
	CDU/CSU	22	6	71
	SPD	25	10	64
	Linke	29	14	54
	Grünen	25	6	69
	FDP	27	16	56
	AfD	22	21	55

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

40 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 KW 01	49	42
	KW 04	49	40
Ost		41	47
West		51	39
Männer		54	36
Frauen		44	44
18- bis 29-Jährige		40	46
30- bis 44-Jährige		60	34
45- bis 59-Jährige		53	36
60 Jahre und älter		48	41
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		34	57
- € 1.500 bis unter € 3.000		43	45
- € 3.000 oder mehr		67	26
Anhänger der:			
CDU/CSU		61	30
SPD		55	37
Linke		36	54
Grünen		59	29
FDP		57	36
AfD		44	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

53 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

25 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 KW 01	55	25	18
KW 04	53	25	20

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigerem Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher optimistisch einschätzen, meinen die Anhänger der Linkspartei und der AfD seltener als die Anhänger der anderen Parteien.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	53	25	20
Ost	44	32	21
West	54	23	20
Männer	60	19	18
Frauen	46	30	21
18- bis 29-Jährige	53	21	22
30- bis 44-Jährige	58	26	16
45- bis 59-Jährige	50	29	19
60 Jahre und älter	50	25	22
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	35	31	31
- € 1.500 bis unter € 3.000	49	31	18
- € 3.000 oder mehr	65	19	15
Anhänger der: CDU/CSU	66	17	15
SPD	52	26	20
Linke	44	29	24
Grünen	57	19	22
FDP	58	27	12
AfD	37	39	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	29. Januar bis 2. Februar 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

41 Prozent der Bundesbürger haben derzeit den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

51 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 KW 02	48	42
	KW 05	41	51

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen vor allem die Anhänger der Linkspartei und insbesondere die der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	41	51
Ost	33	60
West	42	50
Männer	42	50
Frauen	39	52
18- bis 29-Jährige	48	48
30- bis 44-Jährige	41	52
45- bis 59-Jährige	37	54
60 Jahre und älter	40	49
Anhänger der: CDU/CSU	61	29
SPD	47	45
Linke	22	72
Grünen	48	43
FDP	39	53
AfD	7	90

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 86 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 69 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

44 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, ebenfalls 44 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und 36 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem zufrieden.

32 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern, 31 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge, 30 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit und weitere 30 Prozent mit der Integration von Zuwanderern zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	86	83	86	88	83	87	82	84	88
Lage am Arbeitsmarkt	69	65	70	77	62	70	74	71	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	44	31	46	48	39	50	49	43	34
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	44	38	45	50	38	53	35	41	45
Schul- und Bildungssystem	36	27	38	33	39	43	37	33	31
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	32	25	33	32	32	40	30	31	28
Sicherung der Altersversorgung	31	27	32	31	31	31	23	24	39
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	20	31	32	28	36	33	27	24
Integration von Zuwanderern	30	22	31	27	33	48	30	22	25

Die Zufriedenheitswerte mit den einzelnen Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie zu Beginn des Jahres.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017				2018	
	%	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	IV.Quart. %	KW02 %	KW05 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	87	87	86	85	86
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	67	68	68	68	69
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	50	49	50	48	49	44
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	42	43	43	43	43	44
Schul- und Bildungssystem	44	46	45	41	41	37	36	36
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	39	38	37	35	35	32
Sicherung der Altersversorgung	35	30	31	31	31	28	26	31
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	35	36	34	32	31	30
Integration von Zuwanderern	30	30	33	32	33	30	29	30

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik (29 %) mit Abstand am häufigsten genannt. 13 Prozent nennen hier die Koalitionsverhandlungen.

Danach folgen die Themen Integration (7 %), Rentenpolitik (6 %), Gesundheitspolitik (5 %) und die Diskussion um die „Bürgerversicherung“ (4 %) sowie Bildungs- und Schulpolitik (4 %).

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017				2018	
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	KW02	KW05
	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	16	29
Koalitionsverhandlungen	-	-	-	-	12	11	13
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	7	7
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	6
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	3	5
„Bürgerversicherung“	-	-	-	-	1	4	4
Bildungs-/Schulpolitik	0	1	3	4	4	3	4
Diesel-Skandal	0	-	-	9	2	1	3
Steuerpolitik/ Steuerentlastung	2	2	2	2	2	3	2
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	1	1	2	4	4	2
Obergrenze für Flüchtlinge	1	1	0	1	5	0	2
Reform der Pflegeversicherung	0	0	0	1	0	0	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	5. bis 9. Februar 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

57 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

43 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 KW 03	53	46
	KW 06	57	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	57	43
Ost	64	36
West	55	44
Männer	49	51
Frauen	65	34
18- bis 29-Jährige	41	59
30- bis 44-Jährige	57	42
45- bis 59-Jährige	63	36
60 Jahre und älter	60	39
Anhänger der: CDU/CSU	53	47
SPD	60	40
Linke	69	29
Grünen	68	32
FDP	51	49
AfD	55	44

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern aktuell weiterhin am häufigsten Nord-Korea und dessen Atomprogramm (24 %) genannt.

An zweiter Stelle folgen weiterhin die USA mit 16 Prozent der Nennungen. 10 Prozent nennen Syrien als Krisenregion. Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent als bedrohlich eingestuft.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017			2018	
	%	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	KW03 %
						KW06 %
Nord-Korea	-	-	-	10	27	24
USA	6	21	15	15	17	19
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10
Türkei	7	12	9	12	5	4
Syrien	18	14	15	8	6	6
IS/ Islamischer Staat	15	8	8	5	4	3
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	10
Russland	9	7	7	5	4	5
Ukraine	5	4	3	2	2	2
Afrika	2	3	2	3	3	3
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	4
Armut	2	2	2	2	2	3
Finanzkrise	2	1	1	1	1	0
Atomkraft, -bombe	1	1	1	2	1	1

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

37 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (9 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Mehr als die Hälfte (52 %) ist der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen %	weniger Verantwortung übernehmen %	tut bereits *) genug %
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017 I. Quartal	35	9	54
II. Quartal	34	9	54
III. Quartal	36	9	53
IV. Quartal	36	9	53
2018 KW 03	38	10	49
KW 06	37	9	52
Ost	33	15	50
West	37	8	52
18- bis 29-Jährige	35	8	55
30- bis 44-Jährige	36	11	52
45- bis 59-Jährige	39	9	51
60 Jahre und älter	37	8	51
Anhänger der: CDU/CSU	32	5	61
SPD	45	6	47
Linke	44	12	39
Grünen	52	8	40
FDP	47	5	47
AfD	25	20	53

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

42 Prozent der Bundesbürger (und damit mehr als noch im Januar) finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

39 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 KW 03	37	15	43
KW 06	42	15	39
Ost	48	14	36
West	41	15	39
18- bis 29-Jährige	46	9	40
30- bis 44-Jährige	47	17	33
45- bis 59-Jährige	41	17	38
60 Jahre und älter	38	17	40
Anhänger der: CDU/CSU	40	8	49
SPD	41	16	40
Linke	26	34	36
Grünen	24	29	44
FDP	48	12	37
AfD	69	14	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Während insbesondere die Anhänger der Linkspartei überdurchschnittlich häufig meinen, dass Deutschland in der EU zu wenig Rücksicht auf andere nehme, vertreten vor allem die AfD-Anhänger die gegenteilige Auffassung.

Unterschiede in der Einschätzung zeigen sich in dieser Frage auch zwischen Ost und West: So meinen die Ostdeutschen etwas häufiger als die Westdeutschen, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Staaten nehme.

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	12. bis 16. Februar 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 14 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 67 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 KW 01	19	12	68
	KW 04	15	15	69
	KW 07	18	14	67
Ost		17	10	73
West		18	15	66
Männer		21	14	64
Frauen		14	15	69
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	14	22	64
	- € 1.500 bis unter € 3.000	17	20	63
	- € 3.000 oder mehr	25	7	68

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 22 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 11 Prozent mit einer Verschlechterung. 66 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

Lediglich bei den Anhängern der AfD überwiegt der Anteil der „Optimisten“ den der „Pessimisten“.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 KW 01	25	9	65
	KW 04	26	10	62
	KW 07	22	11	66
Ost		17	9	73
West		23	11	65
Männer		25	12	62
Frauen		20	9	70
18- bis 29-Jährige		32	5	62
30- bis 44-Jährige		30	11	58
45- bis 59-Jährige		18	13	68
60 Jahre und älter		12	12	75
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		17	14	67
- € 1.500 bis unter € 3.000		23	10	66
- € 3.000 oder mehr		25	9	65
Anhänger der:	CDU/CSU	20	7	72
	SPD	21	9	69
	Linke	19	11	69
	Grünen	18	10	71
	FDP	29	8	63
	AfD	14	24	57

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

40 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 KW 01	49	42
	KW 04	49	40
	KW 07	50	40
Ost		46	44
West		50	40
Männer		51	41
Frauen		49	40
18- bis 29-Jährige		59	35
30- bis 44-Jährige		54	39
45- bis 59-Jährige		53	37
60 Jahre und älter		46	45
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		40	55
- € 1.500 bis unter € 3.000		47	45
- € 3.000 oder mehr		65	28
Anhänger der:	CDU/CSU	58	37
	SPD	53	40
	Linke	52	37
	Grünen	62	30
	FDP	54	36
	AfD	44	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

51 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

27 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 KW 01	55	25	18
KW 04	53	25	20
KW 07	51	27	20

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	51	27	20
Ost	44	32	21
West	52	26	19
Männer	55	24	18
Frauen	47	29	21
18- bis 29-Jährige	56	27	15
30- bis 44-Jährige	53	29	17
45- bis 59-Jährige	52	26	21
60 Jahre und älter	46	27	24
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	44	26	28
- € 1.500 bis unter € 3.000	44	34	21
- € 3.000 oder mehr	63	22	14
Anhänger der: CDU/CSU	60	21	19
SPD	55	26	18
Linke	52	30	17
Grünen	62	17	19
FDP	55	29	15
AfD	31	39	26

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	19. bis 23. Februar 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Aktuell haben 39 Prozent der Bundesbürger den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

51 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 KW 02	48	42
	KW 05	41	51
	KW 08	39	51

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meint eine große Mehrheit der Anhänger der Linkspartei und der FDP sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	39	51
Ost	34	53
West	40	51
Männer	38	54
Frauen	40	48
18- bis 29-Jährige	42	53
30- bis 44-Jährige	40	50
45- bis 59-Jährige	36	55
60 Jahre und älter	38	48
Anhänger der: CDU/CSU	60	30
SPD	47	43
Linke	27	63
Grünen	46	40
FDP	27	65
AfD	4	93

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 85 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 66 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

48 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 42 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und 35 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem zufrieden.

33 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern, 31 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit im Land, 29 Prozent mit der Integration von Zuwanderern und 27 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	85	81	86	87	82	84	87	83	84
Lage am Arbeitsmarkt	66	61	67	68	64	60	74	70	60
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	48	34	51	51	45	63	57	48	32
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42	32	44	48	37	48	42	39	41
Schul- und Bildungssystem	35	23	38	36	35	45	39	32	28
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	28	34	35	32	45	31	29	30
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	31	20	33	34	29	39	31	27	23
Integration von Zuwanderern	29	22	30	31	28	43	27	23	25
Sicherung der Altersversorgung	27	24	28	28	27	21	21	23	36

Die Zufriedenheitswerte mit den meisten Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Etwas angestiegen ist die Zufriedenheit mit der inneren Sicherheit in Deutschland, etwas rückläufig ist die Zufriedenheit mit der Sicherung der Altersversorgung.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015 %	2016 %	2017 %	2018 KW02 %	KW05 %	KW08 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	86	85
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	69	66
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	49	44	48
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	44	42
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	36	35
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	35	32	33
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	30	31
Integration von Zuwanderern	30	30	32	29	30	29
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	26	31	27

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird aktuell die Regierungsbildung mit 13 Prozent am häufigsten genannt, gefolgt vom Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik, die aber mit nur noch 11 Prozent gegenüber der letzten Erhebung deutlich seltener genannt wird.

Danach folgen die Themen „Diesel-Skandal“ (6 %), die Rentenpolitik (5 %), die Diskussion um die Ausstattung der Bundeswehr, das Thema Ausländer und Integration allgemein sowie die Gesundheitspolitik (mit jeweils 4 Prozent der Nennungen).

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018					
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	KW02	KW05	KW08
	%	%	%	%	%	%	%	%
Koalitionsverhandlungen/ Regierungsbildung	-	-	-	-	12	11	13	13
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	16	29	11
Diesel-Skandal	0	-	-	9	2	1	3	6
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	6	5
Ausstattung der Bundeswehr	-	-	-	-	-	-	-	4
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	7	7	4
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	3	5	4
Bildungs-/Schulpolitik	0	1	3	4	4	3	4	3
„Bürgerversicherung“	-	-	-	-	1	4	4	2
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	1	1	2	4	4	2	2
Zukunft der EU	1	2	2	1	1	0	0	2
Verhältnis zur Türkei	2	5	3	3	0	0	0	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis: 1.501 Befragte
 Erhebungszeitraum: 26. Februar bis 2. März 2018
 statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte
 Auftraggeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

62 Prozent der Bundesbürger (und damit wieder deutlich mehr als bei der letzten Erhebung) machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

37 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 KW 03	53	46
	KW 06	57	43
	KW 09	62	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	62	37
Ost	66	33
West	61	39
Männer	55	44
Frauen	68	31
18- bis 29-Jährige	48	51
30- bis 44-Jährige	59	40
45- bis 59-Jährige	65	34
60 Jahre und älter	70	30
Anhänger der: CDU/CSU	67	33
SPD	66	34
Linke	72	28
Grünen	63	37
FDP	65	33
AfD	58	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird von den Bundesbürgern aktuell nun Syrien als Krisenregion (21 %) genannt.

An zweiter Stelle folgt Nord-Korea und dessen Atomprogramm mit nun 17 Prozent der Nennungen, 14 Prozent nennen die USA. Der Nahe Osten bzw. arabische Länder wird von 12 Prozent als Krisenregion genannt.

Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent als bedrohlich eingestuft.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

	Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren							
	2016 %	2017 I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	2018 KW03 %	KW06 %	KW09 %
Syrien	18	14	15	8	6	6	10	21
Nord-Korea	-	-	-	10	27	24	24	17
USA	6	21	15	15	17	19	16	14
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	9	12
IS/ Islamischer Staat	15	8	8	5	4	3	4	3
Türkei	7	12	9	12	5	4	8	9
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	10	8	8
Russland	9	7	7	5	4	5	5	7
Ukraine	5	4	3	2	2	2	2	2
Afrika	2	3	2	3	3	3	2	3
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	5	6
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2	2	2
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	4	4	2
Armut	2	2	2	2	2	3	3	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

41 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (11 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Nur noch weniger als die Hälfte (46 %) ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *)
		%	%	%
2015		29	10	58
2016		30	11	58
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	III. Quartal	36	9	53
	IV. Quartal	36	9	53
2018	KW 03	38	10	49
	KW 06	37	9	52
	KW 09	41	11	46
Ost		36	14	48
West		41	10	46
18- bis 29-Jährige		48	11	39
30- bis 44-Jährige		37	16	44
45- bis 59-Jährige		42	10	45
60 Jahre und älter		36	9	52
Anhänger der: CDU/CSU		40	7	51
SPD		42	3	54
Linke		48	20	30
Grünen		56	5	35
FDP		31	4	60
AfD		23	37	38

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

41 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

40 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 KW 03	37	15	43
KW 06	42	15	39
KW 09	41	15	40
Ost	48	14	31
West	40	15	41
18- bis 29-Jährige	45	15	37
30- bis 44-Jährige	45	14	38
45- bis 59-Jährige	41	16	39
60 Jahre und älter	38	16	40
Anhänger der: CDU/CSU	40	10	47
SPD	36	13	48
Linke	40	29	25
Grünen	29	16	50
FDP	36	14	45
AfD	64	21	12

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Während insbesondere die Anhänger der Linkspartei überdurchschnittlich häufig meinen, dass Deutschland in der EU zu wenig Rücksicht auf andere nehme, vertreten vor allem die AfD-Anhänger die gegenteilige Auffassung.

Unterschiede in der Einschätzung zeigen sich in dieser Frage auch zwischen Ost und West: So meinen die Ostdeutschen etwas häufiger als die Westdeutschen, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Staaten nehme.

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.500 Befragte
Erhebungszeitraum:	5. bis 9. März 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

15 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 13 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 71 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 KW 01	19	12	68
	KW 04	15	15	69
	KW 07	18	14	67
	KW 10	15	13	71
Ost		12	14	74
West		16	13	70
Männer		20	12	67
Frauen		10	14	75
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	8	25	66
	- € 1.500 bis unter € 3.000	15	14	71
	- € 3.000 oder mehr	20	9	71

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 24 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 10 Prozent mit einer Verschlechterung. 64 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 KW 01	25	9	65
	KW 04	26	10	62
	KW 07	22	11	66
	KW 10	24	10	64
Ost		19	10	68
West		25	10	64
Männer		25	10	64
Frauen		23	11	65
18- bis 29-Jährige		47	4	46
30- bis 44-Jährige		33	10	57
45- bis 59-Jährige		19	14	65
60 Jahre und älter		11	10	76
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		27	12	59
- € 1.500 bis unter € 3.000		20	11	68
- € 3.000 oder mehr		25	9	65
Anhänger der:				
CDU/CSU		24	7	68
SPD		25	7	67
Linke		22	10	67
Grünen		22	8	69
FDP		28	12	58
AfD		16	23	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

44 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 KW 01	49	42
	KW 04	49	40
	KW 07	50	40
	KW 10	48	44
Ost		42	47
West		49	43
Männer		51	42
Frauen		44	46
18- bis 29-Jährige		41	52
30- bis 44-Jährige		49	42
45- bis 59-Jährige		51	42
60 Jahre und älter		50	40
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		23	66
- € 1.500 bis unter € 3.000		48	45
- € 3.000 oder mehr		63	31
Anhänger der:			
CDU/CSU		54	36
SPD		42	52
Linke		51	36
Grünen		63	29
FDP		55	37
AfD		45	53

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

28 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schieblich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 KW 01	55	25	18
KW 04	53	25	20
KW 07	51	27	20
KW 10	48	28	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	48	28	22
Ost	43	32	24
West	49	27	22
Männer	54	24	21
Frauen	43	32	24
18- bis 29-Jährige	49	30	20
30- bis 44-Jährige	49	27	22
45- bis 59-Jährige	47	31	21
60 Jahre und älter	46	27	25
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	37	37	23
- € 1.500 bis unter € 3.000	45	31	22
- € 3.000 oder mehr	57	22	21
Anhänger der: CDU/CSU	59	22	19
SPD	50	27	21
Linke	43	38	19
Grünen	56	23	20
FDP	55	31	13
AfD	29	40	30

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	12. bis 16. März 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Aktuell haben 45 Prozent der Bundesbürger (6 Prozent mehr als in der letzten Erhebung) den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

44 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 KW 02	48	42
	KW 05	41	51
	KW 08	39	51
	KW 11	45	44

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meint eine Mehrheit der Anhänger der Linkspartei und der FDP sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	45	44
Ost	43	47
West	46	44
Männer	44	47
Frauen	47	41
18- bis 29-Jährige	51	37
30- bis 44-Jährige	42	48
45- bis 59-Jährige	41	52
60 Jahre und älter	47	39
Anhänger der: CDU/CSU	71	21
SPD	48	36
Linke	36	50
Grünen	49	40
FDP	34	56
AfD	7	88

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 84 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 67 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

49 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 42 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und 36 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem zufrieden.

34 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern, 31 Prozent mit der Integration von Zuwanderern, 30 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit im Land und 27 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	84	78	85	84	84	87	80	86	84
Lage am Arbeitsmarkt	67	59	68	69	64	66	70	73	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49	35	51	49	49	68	54	45	38
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42	35	43	44	40	40	43	40	42
Schul- und Bildungssystem	36	28	37	36	35	46	37	27	31
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	34	28	35	34	34	37	34	30	33
Integration von Zuwanderern	31	19	32	30	31	39	33	27	25
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	26	31	31	29	42	29	24	27
Sicherung der Altersversorgung	27	27	27	28	25	22	17	23	36

Die Zufriedenheitswerte in den einzelnen Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018			
	%	%	%	KW02 %	KW05 %	KW08 %	KW11 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	86	85	84
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	69	66	67
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	49	44	48	49
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	44	42	42
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	36	35	36
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	35	32	33	34
Integration von Zuwanderern	30	30	32	29	30	29	31
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	30	31	30
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	26	31	27	27

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird aktuell die Regierungsbildung mit 11 Prozent am häufigsten genannt. Das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik, wird von ebenfalls 11 Prozent genannt.

Danach folgen die Themen „Diesel-Skandal“ (7 %), die Gesundheitspolitik (6 %), das Thema Ausländer und Integration allgemein (5 %) sowie die Bildungs- und Schulpolitik (5 %). Von jeweils 4 Prozent werden noch die Themen „Zukunft der Arbeit“ und die Rentenpolitik genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018						
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	KW02	KW05	KW08	KW11
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Koalitionsverhandlungen/ Regierungsbildung	-	-	-	-	12	11	13	13	11
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	16	29	11	11
Diesel-Skandal	0	-	-	9	2	1	3	6	7
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	3	5	4	6
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	7	7	4	5
Bildungs-/Schulpolitik	0	1	3	4	4	3	4	3	5
Zukunft der Arbeit	0	0	0	1	1	1	1	1	4
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	6	5	4
Soziale Gerechtigkeit	0	2	1	2	1	1	1	1	2
Auslandseinsätze der Bundeswehr	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Familienpolitik	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	1	1	2	4	4	2	2	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	19. bis 23. März 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

60 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

39 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 KW 03	53	46
	KW 06	57	43
	KW 09	62	37
	KW 12	60	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	60	39
Ost	62	38
West	60	40
Männer	54	46
Frauen	66	34
18- bis 29-Jährige	50	50
30- bis 44-Jährige	55	44
45- bis 59-Jährige	62	38
60 Jahre und älter	69	31
Anhänger der: CDU/CSU	62	37
SPD	67	32
FDP	67	33
Linke	62	38
Grünen	59	41
AfD	59	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden von den Bundesbürgern aktuell wieder die USA (26 %) mit großem Abstand am häufigsten genannt.

An zweiter Stelle folgt Russland mit 16 Prozent der Nennungen, 14 Prozent nennen Syrien und 13 Prozent Nord-Korea und dessen Atomprogramm. Die Türkei wird von 10 Prozent als Krisenregion genannt.

Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent als bedrohlich eingestuft.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017				2018			
	%	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	KW03	KW06	KW09	KW12
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Syrien	18	14	15	8	6	6	10	21	14
Nord-Korea	-	-	-	10	27	24	24	17	13
USA	6	21	15	15	17	19	16	14	26
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	9	12	9
IS/ Islamischer Staat	15	8	8	5	4	3	4	3	2
Türkei	7	12	9	12	5	4	8	9	10
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	10	8	8	8
China	-	1	1	1	1	1	1	1	2
Russland	9	7	7	5	4	5	5	7	16
Ukraine	5	4	3	2	2	2	2	2	2
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	5	6	5
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2	2	2	2
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	4	4	2	3
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	2	1	1	1	4
Waffenindustrie	-	0	0	0	0	0	0	0	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

40 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (8 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Etwa die Hälfte (49 %) ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *)
	%	%	%
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017 I. Quartal	35	9	54
II. Quartal	34	9	54
III. Quartal	36	9	53
IV. Quartal	36	9	53
2018 KW 03	38	10	49
KW 06	37	9	52
KW 09	41	11	46
KW 12	40	8	49
Ost	42	9	47
West	40	8	49
18- bis 29-Jährige	50	9	39
30- bis 44-Jährige	40	9	49
45- bis 59-Jährige	37	10	52
60 Jahre und älter	37	6	52
Anhänger der: CDU/CSU	35	6	58
SPD	44	5	50
FDP	39	6	51
Linke	48	11	36
Grünen	61	4	35
AfD	25	21	51

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

39 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

40 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 KW 03	37	15	43
KW 06	42	15	39
KW 09	41	15	40
KW 12	39	16	40
Ost	40	20	37
West	39	16	40
18- bis 29-Jährige	30	19	46
30- bis 44-Jährige	41	16	39
45- bis 59-Jährige	45	16	36
60 Jahre und älter	38	16	40
Anhänger der: CDU/CSU	36	11	49
SPD	27	18	52
FDP	45	14	36
Linke	36	29	31
Grünen	26	20	49
AfD	68	22	8

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Während insbesondere die Anhänger der Linkspartei überdurchschnittlich häufig meinen, dass Deutschland in der EU zu wenig Rücksicht auf andere nehme, vertreten vor allem die AfD-Anhänger die gegenteilige Auffassung.

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	26. bis 29. März 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

17 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 13 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 69 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 KW 01	19	12	68
	KW 04	15	15	69
	KW 07	18	14	67
	KW 10	15	13	71
	KW 13	17	13	69
Ost		21	11	67
West		16	14	70
Männer		18	12	69
Frauen		15	15	70
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	15	21	62
	- € 1.500 bis unter € 3.000	14	16	70
	- € 3.000 oder mehr	22	8	70

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 24 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 9 Prozent mit einer Verschlechterung. 66 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 KW 01	25	9	65
	KW 04	26	10	62
	KW 07	22	11	66
	KW 10	24	10	64
	KW 13	24	9	66
Ost		23	11	66
West		24	8	66
Männer		25	9	65
Frauen		23	9	67
18- bis 29-Jährige		39	6	52
30- bis 44-Jährige		39	8	53
45- bis 59-Jährige		21	9	69
60 Jahre und älter		10	11	78
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		26	11	61
- € 1.500 bis unter € 3.000		25	9	66
- € 3.000 oder mehr		24	8	67
Anhänger der:	CDU/CSU	25	6	68
	SPD	19	7	73
	FDP	26	8	64
	Linke	20	13	67
	Grünen	23	8	68
	AfD	25	19	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

41 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 KW 01	49	42
	KW 04	49	40
	KW 07	50	40
	KW 10	48	44
	KW 13	48	41
Ost		37	50
West		50	39
Männer		53	37
Frauen		44	45
18- bis 29-Jährige		38	51
30- bis 44-Jährige		54	37
45- bis 59-Jährige		56	36
60 Jahre und älter		46	40
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		30	57
- € 1.500 bis unter € 3.000		47	43
- € 3.000 oder mehr		63	27
Anhänger der:			
CDU/CSU		51	39
SPD		50	39
FDP		60	28
Linke		36	51
Grünen		69	21
AfD		42	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Mehrheit (51 %) der Bundesbürger glaubt aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

27 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

		eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt:	2015	47	32	18
	2016	46	34	18
	2017 I. Quartal	50	31	17
	II. Quartal	52	29	17
	III. Quartal	51	29	19
	IV. Quartal	51	28	21
	2018 KW 01	55	25	18
	KW 04	53	25	20
	KW 07	51	27	20
	KW 10	48	28	22
	KW 13	51	27	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen vor allem die Anhänger der Linkspartei und der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	51	27	21
Ost	55	32	13
West	50	26	22
Männer	54	24	21
Frauen	48	30	20
18- bis 29-Jährige	52	27	19
30- bis 44-Jährige	53	29	18
45- bis 59-Jährige	49	31	18
60 Jahre und älter	50	23	26
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	38	38	21
- € 1.500 bis unter € 3.000	51	28	20
- € 3.000 oder mehr	59	22	18
Anhänger der: CDU/CSU	58	24	17
SPD	51	24	25
FDP	56	23	21
Linke	46	37	15
Grünen	58	22	18
AfD	41	35	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	3. bis 6. April 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Aktuell haben 43 Prozent der Bundesbürger den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

47 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 KW 02	48	42
	KW 05	41	51
	KW 08	39	51
	KW 11	45	44
	KW 14	43	47

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meint eine Mehrheit der Anhänger der Linkspartei sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	43	47
Ost	36	56
West	44	46
Männer	43	50
Frauen	43	44
18- bis 29-Jährige	52	39
30- bis 44-Jährige	39	53
45- bis 59-Jährige	34	56
60 Jahre und älter	46	42
Anhänger der: CDU/CSU	60	29
SPD	48	41
FDP	40	49
Linke	32	56
Grünen	53	38
AfD	6	92

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 85 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden, mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 52 Prozent.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

42 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 35 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 33 Prozent mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

30 Prozent zeigen sich mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit und jeweils 28 Prozent mit der Integration von Zuwanderern und mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	85	76	86	86	84	91	85	80	85
Lage am Arbeitsmarkt	68	63	69	75	62	73	77	68	61
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	52	38	55	55	50	65	59	49	40
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42	31	44	47	37	47	38	39	42
Schul- und Bildungssystem	35	26	37	37	33	48	37	29	29
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	27	35	33	34	36	39	28	31
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	24	31	34	27	37	31	25	28
Integration von Zuwanderern	28	15	30	27	28	37	27	22	24
Sicherung der Altersversorgung	28	22	29	31	25	24	26	18	37

Die Zufriedenheitswerte in den einzelnen Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Etwas angestiegen ist die Zufriedenheit mit der inneren Sicherheit in Deutschland, etwas rückläufig ist die Zufriedenheit mit der Integration von Zuwanderern.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018 KW02	KW05	KW08	KW11	KW14
	%	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	86	85	84	85
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	69	66	67	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	49	44	48	49	52
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	44	42	42	42
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	36	35	36	35
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	35	32	33	34	33
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	30	31	30	30
Integration von Zuwanderern	30	30	32	29	30	29	31	28
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	26	31	27	27	28

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen hat, wird aktuell – nach der durch Innenminister Seehofer angestoßenen Debatte – wieder das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik mit 15 Prozent am häufigsten genannt.

Danach folgen die Themen Gesundheitspolitik (8 %), der „Diesel-Skandal“ (6 %) sowie das Thema Ausländer und Integration allgemein (5 %). Von jeweils 4 Prozent werden noch die Themen Rentenpolitik und Regierungsbildung genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018							
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	KW02	KW05	KW08	KW11	KW14
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	16	29	11	11	15
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	3	5	4	6	8
Diesel-Skandal	0	-	-	9	2	1	3	6	7	6
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	7	7	4	5	5
Koalitionsverhandlungen/ Regierungsbildung	-	-	-	-	12	11	13	13	11	4
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	6	5	4	4
Bildungs-/Schulpolitik	0	1	3	4	4	3	4	3	5	3
Abschaffung von Hartz IV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3
Zukunft der Arbeit	0	0	0	1	1	1	1	1	4	2
Sozialpolitik (allg.)	-	-	-	-	-	-	-	-	0	2

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 2 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis: 1.503 Befragte
 Erhebungszeitraum: 9. bis 13. April 2018
 statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte
 Auftraggeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

65 Prozent der Bundesbürger (5 Prozent mehr als in der letzten Erhebung im März) machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

34 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 KW 03	53	46
	KW 06	57	43
	KW 09	62	37
	KW 12	60	39
	KW 15	65	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	65	34
Ost	72	28
West	64	36
Männer	58	42
Frauen	71	28
18- bis 29-Jährige	43	55
30- bis 44-Jährige	61	38
45- bis 59-Jährige	69	31
60 Jahre und älter	74	25
Anhänger der: CDU/CSU	66	34
SPD	72	27
FDP	58	40
Linke	70	29
Grünen	64	34
AfD	72	28

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden von den Bundesbürgern aktuell weiterhin die USA (22 %) mit großem Abstand am häufigsten genannt. Russland wird hingegen mit 12 Prozent deutlich seltener genannt.

Einen „neuen kalten Krieg“ zwischen den USA und Russland nennen nun 13 Prozent der Befragten als Bedrohung für Deutschland.

14 Prozent nennen Syrien und 10 Prozent den Nahen Osten und arabische Länder.

Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent als bedrohlich eingestuft.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017				2018				
	%	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	KW03	KW06	KW09	KW12	KW15
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Syrien	18	14	15	8	6	6	10	21	14	14
Nord-Korea	-	-	-	10	27	24	24	17	13	7
USA	6	21	15	15	17	19	16	14	26	22
„Neuer Kalter Krieg“	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	9	12	9	10
IS/ Islamischer Staat	15	8	8	5	4	3	4	3	2	2
Türkei	7	12	9	12	5	4	8	9	10	5
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	10	8	8	8	7
Russland	9	7	7	5	4	5	5	7	16	12
Ukraine	5	4	3	2	2	2	2	2	2	3
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	5	6	5	5
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2	2	2	2	2
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	4	4	2	3	3
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	2	1	1	1	4	4
Armut	2	2	2	2	2	3	3	2	1	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

37 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (12 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Etwa die Hälfte (49 %) ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen %	weniger Verantwortung übernehmen %	tut bereits *) genug %
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017 I. Quartal	35	9	54
II. Quartal	34	9	54
III. Quartal	36	9	53
IV. Quartal	36	9	53
2018 KW 03	38	10	49
KW 06	37	9	52
KW 09	41	11	46
KW 12	40	8	49
KW 15	37	12	49
Ost	30	18	50
West	38	11	49
18- bis 29-Jährige	44	9	47
30- bis 44-Jährige	37	13	50
45- bis 59-Jährige	39	13	47
60 Jahre und älter	34	13	50
Anhänger der: CDU/CSU	34	8	57
SPD	45	8	46
FDP	37	7	56
Linke	49	17	32
Grünen	54	4	39
AfD	24	37	38

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

40 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

40 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 KW 03	37	15	43
KW 06	42	15	39
KW 09	41	15	40
KW 12	39	16	40
KW 15	40	16	40
Ost	40	18	36
West	40	15	41
18- bis 29-Jährige	34	11	53
30- bis 44-Jährige	43	15	37
45- bis 59-Jährige	46	17	34
60 Jahre und älter	38	18	39
Anhänger der: CDU/CSU	41	9	49
SPD	35	17	43
FDP	45	14	38
Linke	36	26	32
Grünen	25	23	49
AfD	61	28	9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Insbesondere die Anhänger der AfD vertreten die Auffassung, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere nehme.

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	16. bis 20. April 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

17 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 13 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 69 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 I. Quartal	17	13	69
	KW 16	17	13	69
Ost		18	15	67
West		17	13	70
Männer		21	11	67
Frauen		13	15	71
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	13	18	69
	- € 1.500 bis unter € 3.000	13	17	70
	- € 3.000 oder mehr	22	9	69

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 24 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 10 Prozent mit einer Verschlechterung. 65 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 I. Quartal	24	10	65
	KW 16	24	10	65
Ost		26	8	64
West		24	10	65
Männer		25	9	64
Frauen		23	11	65
18- bis 29-Jährige		43	5	50
30- bis 44-Jährige		35	8	56
45- bis 59-Jährige		20	14	66
60 Jahre und älter		10	13	76
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		24	13	60
- € 1.500 bis unter € 3.000		27	11	61
- € 3.000 oder mehr		23	9	67
Anhänger der:	CDU/CSU	21	7	70
	SPD	23	6	69
	FDP	23	6	71
	Linke	28	15	54
	Grünen	28	9	63
	AfD	24	21	55

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

52 Prozent der Bundesbürger (etwas mehr als in den vergangenen Erhebungen) meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

39 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 I. Quartal	49	41
	KW 16	52	39
Ost		42	49
West		54	38
Männer		54	38
Frauen		50	41
18- bis 29-Jährige		47	46
30- bis 44-Jährige		54	39
45- bis 59-Jährige		60	33
60 Jahre und älter		50	40
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		30	58
- € 1.500 bis unter € 3.000		49	45
- € 3.000 oder mehr		65	27
Anhänger der:			
CDU/CSU		61	34
SPD		52	39
FDP		63	33
Linke		35	53
Grünen		62	28
AfD		47	46

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Mehrheit (51 %) der Bundesbürger glaubt aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

28 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 I. Quartal	52	26	20
KW 16	51	28	20

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen vor allem die Anhänger der Linkspartei und der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	51	28	20
Ost	47	32	20
West	51	27	20
Männer	55	24	20
Frauen	47	31	20
18- bis 29-Jährige	52	26	22
30- bis 44-Jährige	57	26	16
45- bis 59-Jährige	46	36	17
60 Jahre und älter	49	26	24
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	36	38	25
- € 1.500 bis unter € 3.000	48	32	19
- € 3.000 oder mehr	60	22	17
Anhänger der: CDU/CSU	64	22	13
SPD	53	26	20
FDP	55	30	13
Linke	40	43	17
Grünen	55	22	23
AfD	29	45	26

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	23. bis 27. April 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Aktuell haben 42 Prozent der Bundesbürger den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

47 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 I. Quartal	43	47
	KW 14	43	47
	KW 17	42	47

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen eine Mehrheit der Anhänger der FDP und der Linkspartei sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	42	47
Ost	36	56
West	43	45
Männer	43	48
Frauen	41	46
18- bis 29-Jährige	48	46
30- bis 44-Jährige	44	45
45- bis 59-Jährige	34	58
60 Jahre und älter	43	43
Anhänger der: CDU/CSU	62	27
SPD	50	40
FDP	37	57
Linke	24	63
Grünen	50	42
AfD	7	88

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 87 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 67 Prozent zufrieden, mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 51 Prozent.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

43 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 36 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 33 Prozent mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

32 Prozent zeigen sich mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit, 29 Prozent mit der Integration von Zuwanderern und 28 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	87	81	88	89	85	88	91	81	87
Lage am Arbeitsmarkt	67	59	69	73	62	70	78	69	59
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	36	53	53	49	59	61	46	42
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	43	43	48	39	49	41	38	42
Schul- und Bildungssystem	36	24	39	40	33	47	35	32	32
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	24	35	35	31	39	34	28	30
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	32	23	33	35	29	49	29	24	26
Integration von Zuwanderern	29	21	30	29	29	48	30	20	22
Sicherung der Altersversorgung	28	30	28	30	26	24	20	22	40

Die Zufriedenheitswerte in den einzelnen Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018 I.Quart.	KW14	KW17
	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	87
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	68	67
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	52	51
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	42	43
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	36
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	33	33
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	30	32
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	28	29
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	28	28

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen etwas gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik mit 14 Prozent am häufigsten genannt.

Danach folgen die Themen Gesundheitspolitik (8 %), Rente bzw. Rentenpolitik (6 %) sowie Ausländer und Integration allgemein (6 %). 4 Prozent nennen den „Diesel-Skandal“ und jeweils 3 Prozent die Ausstattung der Bundeswehr, die Zukunft der EU sowie die Bildungs- und Schulpolitik.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017		2018					
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	KW14	KW17	
	%	%	%	%	%	%	%	%	
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	17	15	14	
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	5	8	8	
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	4	6	
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	6	5	6	
Diesel-Skandal	0	-	-	9	2	4	6	4	
Ausstattung der Bundeswehr	-	-	-	-	-	-	1	3	
Zukunft der EU	1	2	2	1	1	1	1	3	
Bildungs-/Schulpolitik	0	1	3	4	4	4	3	3	

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 3 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	30. April bis 4. Mai 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

58 Prozent der Bundesbürger (7 Prozent weniger als in der letzten Erhebung Mitte April) machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

42 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 I. Quartal	58	41
	KW 15	65	34
	KW 18	58	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	58	42
Ost	62	38
West	56	44
Männer	49	50
Frauen	65	35
18- bis 29-Jährige	42	57
30- bis 44-Jährige	50	50
45- bis 59-Jährige	60	39
60 Jahre und älter	65	34
Anhänger der: CDU/CSU	53	47
SPD	58	42
FDP	53	47
Linke	65	35
Grünen	56	44
AfD	57	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, rücken die Kriege und Krisen im Nahen Osten wieder stärker in den Vordergrund. So wird von den Bundesbürgern aktuell wieder Syrien (20 %) am häufigsten genannt. An zweiter Stelle werden die USA von 19 Prozent der Befragten als Bedrohung für Deutschland genannt. 16 Prozent nennen den Nahen Osten und arabische Länder allgemein, 10 Prozent Nord-Korea.

Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent als bedrohlich eingestuft.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017			2018		
	%	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	I. Quart.	KW15 KW18
	%	%	%	%	%	%	%
Syrien	18	14	15	8	6	13	14 20
Nord-Korea	-	-	-	10	27	20	7 10
USA	6	21	15	15	17	19	22 19
„Neuer Kalter Krieg“	-	-	-	-	-	-	13 4
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	10 16
Iran	1	1	1	1	2	1	1 5
Türkei	7	12	9	12	5	8	5 5
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	9	7 7
Russland	9	7	7	5	4	8	12 8
Ukraine	5	4	3	2	2	2	3 2
Afrika	2	3	2	3	3	2	1 3
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	5 3
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2	2 2
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	3	3 3
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	2	2	4 6
Armut	2	2	2	2	2	2	2 2
Atomkraft, -bombe	1	1	1	2	1	1	1 3

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

Unverändert 37 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (10 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Die Hälfte (50 %) ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *)
	%	%	%
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017 I. Quartal	35	9	54
II. Quartal	34	9	54
III. Quartal	36	9	53
IV. Quartal	36	9	53
2018 I. Quartal	39	10	49
KW 15	37	12	49
KW 18	37	10	50
Ost	34	13	51
West	38	9	50
18- bis 29-Jährige	32	6	59
30- bis 44-Jährige	38	13	45
45- bis 59-Jährige	38	9	50
60 Jahre und älter	37	9	52
Anhänger der: CDU/CSU	33	3	62
SPD	42	5	49
FDP	37	18	41
Linke	49	12	36
Grünen	53	4	42
AfD	30	28	40

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

42 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

38 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 I. Quartal	40	15	41
KW 15	40	16	40
KW 18	42	15	38
Ost	53	11	30
West	41	16	40
18- bis 29-Jährige	38	20	39
30- bis 44-Jährige	44	16	36
45- bis 59-Jährige	48	13	36
60 Jahre und älter	43	14	37
Anhänger der: CDU/CSU	40	10	48
SPD	33	19	44
FDP	60	11	27
Linke	31	34	29
Grünen	26	20	48
AfD	71	10	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Insbesondere die Anhänger der AfD vertreten die Auffassung, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere nehme.

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	7. bis 11. Mai 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

16 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 15 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 68 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 I. Quartal	17	13	69
	KW 16	17	13	69
	KW 19	16	15	68
Ost		17	15	68
West		16	15	68
Männer		20	14	65
Frauen		13	16	70
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		10	31	58
- € 1.500 bis unter € 3.000		14	18	68
- € 3.000 oder mehr		23	6	71

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 22 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 11 Prozent mit einer Verschlechterung. 66 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 I. Quartal	24	10	65
	KW 16	24	10	65
	KW 19	22	11	66
Ost		20	10	68
West		22	12	65
Männer		24	12	63
Frauen		20	11	69
18- bis 29-Jährige		32	6	61
30- bis 44-Jährige		33	10	56
45- bis 59-Jährige		17	14	67
60 Jahre und älter		11	14	75
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		26	15	59
- € 1.500 bis unter € 3.000		19	11	69
- € 3.000 oder mehr		25	10	64
Anhänger der:				
CDU/CSU		23	7	69
SPD		23	12	65
FDP		24	10	66
Linke		15	15	70
Grünen		18	7	73
AfD		21	24	53

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger (etwas weniger als in der vergangenen Erhebung) meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

41 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 I. Quartal	49	41
	KW 16	52	39
	KW 19	48	41
Ost		39	46
West		50	41
Männer		52	40
Frauen		45	43
18- bis 29-Jährige		40	49
30- bis 44-Jährige		51	43
45- bis 59-Jährige		57	35
60 Jahre und älter		47	39
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		25	67
- € 1.500 bis unter € 3.000		45	44
- € 3.000 oder mehr		67	26
Anhänger der:			
CDU/CSU		58	31
SPD		50	43
FDP		60	36
Linke		53	33
Grünen		55	35
AfD		44	51

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

27 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 I. Quartal	52	26	20
KW 16	51	28	20
KW 19	49	27	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen vor allem die Anhänger der Linkspartei und der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	49	27	21
Ost	47	28	23
West	50	27	21
Männer	52	26	20
Frauen	47	28	23
18- bis 29-Jährige	55	27	15
30- bis 44-Jährige	54	26	18
45- bis 59-Jährige	47	32	19
60 Jahre und älter	47	25	26
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	38	35	22
- € 1.500 bis unter € 3.000	45	31	23
- € 3.000 oder mehr	59	23	18
Anhänger der: CDU/CSU	60	18	20
SPD	54	23	22
FDP	57	21	19
Linke	38	38	23
Grünen	62	20	18
AfD	35	49	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	14. bis 18. Mai 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Aktuell haben unverändert 42 Prozent der Bundesbürger den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

48 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 I. Quartal	43	47
	KW 14	43	47
	KW 17	42	47
	KW 20	42	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen eine Mehrheit der Anhänger der Linkspartei sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	42	48
Ost	33	56
West	44	46
Männer	41	49
Frauen	43	47
18- bis 29-Jährige	52	43
30- bis 44-Jährige	43	49
45- bis 59-Jährige	33	56
60 Jahre und älter	40	48
Anhänger der: CDU/CSU	62	28
SPD	56	36
FDP	41	45
Linke	25	67
Grünen	41	44
AfD	4	92

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 84 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 65 Prozent zufrieden, mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 51 Prozent.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

44 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 34 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und jeweils 30 Prozent mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern bzw. mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden.

27 Prozent zeigen sich mit der Integration von Zuwanderern und 26 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	84	77	85	87	81	91	86	81	82
Lage am Arbeitsmarkt	65	59	66	72	57	72	70	64	58
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	39	53	53	49	58	61	49	41
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	44	40	45	48	40	50	42	40	43
Schul- und Bildungssystem	34	30	35	36	33	53	33	25	28
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	30	22	31	32	28	33	33	28	26
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	22	31	32	27	43	32	21	24
Integration von Zuwanderern	27	21	28	28	26	41	32	19	19
Sicherung der Altersversorgung	26	26	27	26	26	25	25	17	35

Die Zufriedenheitswerte in den einzelnen Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018 I.Quart.	KW14	KW17	KW20
	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	87	84
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	68	67	65
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	52	51	51
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	42	43	44
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	36	34
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	33	33	30
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	30	32	30
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	28	29	27
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	28	28	26

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen etwas gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik mit 13 Prozent vergleichsweise am häufigsten genannt.

Danach folgen die Themen Haushalt und finanzielle Lage (8 %) sowie Ausländer und Integration allgemein (7 %). Jeweils 5 Prozent nennen die Gesundheitspolitik und das neue Polizeigesetz in Bayern.

Die Rentenpolitik und die Ausstattung der Bundeswehr nennen jeweils 4 Prozent, die Bildungspolitik wird von 3 Prozent genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018						
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	KW14	KW17	KW20
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	17	15	14	13
Haushalt/finanzielle Lage	1	2	1	1	1	1	1	2	8
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	6	5	6	7
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	5	8	8	5
Neues Polizeigesetz in Bayern	-	-	-	-	-	-	-	-	5
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	4	6	4
Ausstattung der Bundeswehr	-	-	-	-	-	-	1	3	4
Bildungs-/Schulpolitik	0	1	3	4	4	4	3	3	3

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 3 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	22. bis 25. Mai 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

63 Prozent der Bundesbürger (5 Prozent mehr als in der letzten Erhebung Anfang Mai) machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

37 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 I. Quartal	58	41
	KW 15	65	34
	KW 18	58	42
	KW 21	63	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	63	37
Ost	71	29
West	61	38
Männer	52	47
Frauen	73	27
18- bis 29-Jährige	49	51
30- bis 44-Jährige	60	40
45- bis 59-Jährige	65	34
60 Jahre und älter	72	27
Anhänger der: CDU/CSU	62	38
SPD	67	33
FDP	59	40
Linke	73	26
Grünen	67	32
AfD	52	47

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden aktuell wieder am häufigsten die USA (27 %) genannt. An zweiter Stelle folgen die Kriege und Krisen im Nahen Osten mit aktuell 20 Prozent. Syrien und Nordkorea werden von jeweils 11 Prozent als Bedrohung für Deutschland genannt, der Iran von 10 Prozent (gegenüber 5 Prozent bei der letzten Erhebung Anfang Mai).

Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent als bedrohlich eingestuft.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

	Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren								
	2016 %	2017 I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	2018 I. Quart. %	KW15 %	KW18 %	KW21 %
USA	6	21	15	15	17	19	22	19	27
Syrien	18	14	15	8	6	13	14	20	11
Nord-Korea	-	-	-	10	27	20	7	10	11
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	10	16	20
Iran	1	1	1	1	2	1	1	5	10
Irak	2	1	1	1	1	1	1	1	2
Türkei	7	12	9	12	5	8	5	5	4
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	9	7	7	7
Russland	9	7	7	5	4	8	12	8	8
Ukraine	5	4	3	2	2	2	3	2	2
Afrika	2	3	2	3	3	2	1	3	2
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	5	3	4
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	3	3	3	3
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	2	2	4	6	4
Armut	2	2	2	2	2	2	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

41 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher. Dies ist der bislang höchste gemessene Wert in dieser Frage (mit Ausnahme der Erhebung in der letzten Februar-Woche 2018, als ebenfalls 41 Prozent diese Ansicht äußerten).

Nur wenige (9 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

47 Prozent sind aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland				
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *)
		%	%	%
2015		29	10	58
2016		30	11	58
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	III. Quartal	36	9	53
	IV. Quartal	36	9	53
2018	I. Quartal	39	10	49
	KW 15	37	12	49
	KW 18	37	10	50
	KW 21	41	9	47
Ost		37	15	43
West		42	8	48
18- bis 29-Jährige		42	9	49
30- bis 44-Jährige		36	14	47
45- bis 59-Jährige		44	8	44
60 Jahre und älter		41	7	50
Anhänger der:	CDU/CSU	43	4	52
	SPD	46	5	48
	FDP	38	11	50
	Linke	50	12	34
	Grünen	52	6	40
	AfD	26	25	47

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

39 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der Europäischen Union zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

41 Prozent der Bundesbürger sind der Auffassung, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 I. Quartal	40	15	41
KW 15	40	16	40
KW 18	42	15	38
KW 21	39	16	41
Ost	38	16	37
West	39	16	41
18- bis 29-Jährige	32	19	49
30- bis 44-Jährige	41	20	36
45- bis 59-Jährige	47	14	34
60 Jahre und älter	37	16	43
Anhänger der: CDU/CSU	36	12	51
SPD	32	16	48
FDP	51	12	35
Linke	27	31	39
Grünen	24	24	49
AfD	67	18	13

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Insbesondere die Anhänger der AfD vertreten die Auffassung, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere nehme.

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	28. Mai bis 1. Juni 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, ebenfalls 18 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 64 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 I. Quartal	17	13	69
	KW 16	17	13	69
	KW 19	16	15	68
	KW 22	18	18	64
Ost		14	24	62
West		18	17	64
Männer		20	15	65
Frauen		16	21	63
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	14	25	60
	- € 1.500 bis unter € 3.000	14	20	66
	- € 3.000 oder mehr	23	14	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 25 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 13 Prozent mit einer Verschlechterung. 60 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 I. Quartal	24	10	65
	KW 16	24	10	65
	KW 19	22	11	66
	KW 22	25	13	60
Ost		28	15	55
West		24	13	61
Männer		27	13	58
Frauen		22	14	62
18- bis 29-Jährige		47	9	40
30- bis 44-Jährige		34	13	52
45- bis 59-Jährige		19	13	66
60 Jahre und älter		11	16	72
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		22	16	59
- € 1.500 bis unter € 3.000		26	12	60
- € 3.000 oder mehr		23	13	62
Anhänger der:				
CDU/CSU		23	11	65
SPD		25	9	65
FDP		23	10	66
Linke		32	12	56
Grünen		26	11	62
AfD		17	23	57

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

51 Prozent der Bundesbürger (etwas mehr als in der vergangenen Erhebung) meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

Unverändert 41 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 I. Quartal	49	41
	KW 16	52	39
	KW 19	48	41
	KW 22	51	41
Ost		44	46
West		52	40
Männer		54	39
Frauen		48	43
18- bis 29-Jährige		48	43
30- bis 44-Jährige		53	39
45- bis 59-Jährige		56	38
60 Jahre und älter		48	42
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		30	61
- € 1.500 bis unter € 3.000		48	44
- € 3.000 oder mehr		65	29
Anhänger der:			
CDU/CSU		59	33
SPD		49	48
FDP		57	34
Linke		45	37
Grünen		57	35
AfD		43	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

50 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

29 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 I. Quartal	52	26	20
KW 16	51	28	20
KW 19	49	27	21
KW 22	50	29	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	50	29	19
Ost	45	30	23
West	51	28	18
Männer	51	27	20
Frauen	48	30	18
18- bis 29-Jährige	58	22	19
30- bis 44-Jährige	51	28	20
45- bis 59-Jährige	47	33	18
60 Jahre und älter	47	30	20
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	35	37	23
- € 1.500 bis unter € 3.000	48	29	21
- € 3.000 oder mehr	58	25	16
Anhänger der: CDU/CSU	59	24	16
SPD	53	26	20
FDP	55	27	18
Linke	43	32	24
Grünen	56	21	22
AfD	24	58	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	4. bis 8. Juni 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Aktuell haben 40 Prozent der Bundesbürger den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

50 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 I. Quartal	43	47
	KW 14	43	47
	KW 17	42	47
	KW 20	42	48
	KW 23	40	50

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen eine Mehrheit der Anhänger von FDP und Linkspartei sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	40	50
Ost	32	60
West	42	48
Männer	42	48
Frauen	38	52
18- bis 29-Jährige	44	49
30- bis 44-Jährige	42	50
45- bis 59-Jährige	36	56
60 Jahre und älter	38	48
Anhänger der: CDU/CSU	62	30
SPD	50	42
FDP	32	61
Linke	26	63
Grünen	43	40
AfD	8	87

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 86 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden, mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 51 Prozent.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

43 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 35 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 32 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden.

29 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern, 28 Prozent mit der Integration von Zuwanderern und 27 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	86	82	87	89	83	89	87	83	84
Lage am Arbeitsmarkt	68	62	69	73	63	68	78	70	59
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	43	52	54	48	65	58	47	42
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	41	44	49	38	44	46	39	41
Schul- und Bildungssystem	35	22	38	36	35	42	32	31	35
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	32	25	33	33	31	36	34	27	29
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	29	23	30	29	29	35	32	26	28
Integration von Zuwanderern	28	20	30	28	28	37	31	24	22
Sicherung der Altersversorgung	27	26	27	28	26	15	18	21	41

Die Zufriedenheitswerte in den einzelnen Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018 I.Quart.	KW14	KW17	KW20	KW23
	%	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	87	84	86
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	68	67	65	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	52	51	51	51
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	42	43	44	43
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	36	34	35
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	30	32	30	32
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	33	33	30	29
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	28	29	27	28
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	28	28	26	27

Auf die Frage, über welche Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, man in den vergangenen Wochen etwas gehört oder gelesen hat, wird das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik mit 18 Prozent wieder vergleichsweise am häufigsten genannt.

Danach folgen die Themen Ausländer und Integration allgemein (10 %) sowie die Gesundheitspolitik (7 %). Jeweils 6 Prozent nennen die Rentenpolitik, konkret den BAMF-Skandal in Bremen und den Diesel-Skandal.

Die Zukunft der EU und die Strafzölle im drohenden Handelskrieg nennen jeweils 5 Prozent. Den Datenschutz nach Inkrafttreten der DSGVO nennen 4 Prozent der Bundesbürger.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018							
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	KW14	KW17	KW20	KW23
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	17	15	14	13	18
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	6	5	6	7	10
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	5	8	8	5	7
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	4	6	4	6
BAMF-Skandal	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6
Diesel-Skandal	-	-	-	9	2	4	6	4	2	6
Zukunft der EU	1	2	2	1	1	1	1	3	2	5
Strafzölle	-	-	-	-	-	-	-	2	0	5
Datenschutz (DSGVO)	0	0	0	0	0	0	0	1	1	4

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 3 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	11. bis 15. Juni 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

55 Prozent der Bundesbürger (8 Prozent weniger als in der letzten Erhebung und der niedrigste Wert seit Anfang des Jahres) machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

45 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

■ Sorgen um den Weltfrieden I

Es machen sich aktuell bezüglich
des Weltfriedens ...

	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt: 2015	60	40
2016	61	38
2017 I. Quartal	61	39
II. Quartal	63	36
III. Quartal	64	36
IV. Quartal	60	40
2018 I. Quartal	58	41
KW 15	65	34
KW 18	58	42
KW 21	63	37
KW 24	55	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	55	45
Ost	55	45
West	55	45
Männer	45	55
Frauen	64	35
18- bis 29-Jährige	39	60
30- bis 44-Jährige	55	45
45- bis 59-Jährige	54	46
60 Jahre und älter	65	34
Anhänger der: CDU/CSU	53	47
SPD	58	42
FDP	50	50
Linke	63	36
Grünen	60	40
AfD	50	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden aktuell so häufig wie bislang noch in keiner Messung die USA (30 %) genannt. An zweiter Stelle folgen die Kriege und Krisen im Nahen Osten mit aktuell 13 Prozent. 12 Prozent nennen Asylbewerber bzw. Flüchtlinge als Bedrohung für Deutschland.

Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent als bedrohlich eingestuft.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

	Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren									
	2016	2017				2018				
	%	I. Quart. %	II. Quart. %	III. Quart. %	IV. Quart. %	I. Quart. %	KW15 %	KW18 %	KW21 %	KW24 %
USA	6	21	15	15	17	19	22	19	27	30
Syrien	18	14	15	8	6	13	14	20	11	8
Nord-Korea	-	-	-	10	27	20	7	10	11	9
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	10	16	20	13
IS/ Islamischer Staat	15	8	8	5	4	3	2	1	1	2
Iran	1	1	1	1	2	1	1	5	10	4
Irak	2	1	1	1	1	1	1	1	2	2
Türkei	7	12	9	12	5	8	5	5	4	3
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	9	7	7	7	12
Russland	9	7	7	5	4	8	12	8	8	6
Ukraine	5	4	3	2	2	2	3	2	2	2
Afrika	2	3	2	3	3	2	1	3	2	3
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	5	3	4	4
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2	2	2	1	2
„Neuer Kalter Krieg“	-	-	-	-	-	-	13	4	1	2
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	3	3	3	3	5
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	2	2	4	6	4	8
Armut	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3
Atomkraft, -bombe	1	1	1	2	1	1	1	3	1	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

43 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher. Dies ist der bislang höchste gemessene Wert in dieser Frage.

Nur wenige (9 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

46 Prozent sind aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

■ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *)
	%	%	%
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017 I. Quartal	35	9	54
II. Quartal	34	9	54
III. Quartal	36	9	53
IV. Quartal	36	9	53
2018 I. Quartal	39	10	49
KW 15	37	12	49
KW 18	37	10	50
KW 21	41	9	47
KW 24	43	9	46
Ost	32	12	53
West	44	9	44
18- bis 29-Jährige	46	9	42
30- bis 44-Jährige	42	13	42
45- bis 59-Jährige	41	10	47
60 Jahre und älter	40	7	49
Anhänger der: CDU/CSU	35	8	55
SPD	43	8	48
FDP	57	6	37
Linke	54	9	33
Grünen	61	4	34
AfD	30	24	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Zeitverlauf deutlich stabiler sind die Einstellungen der Bundesbürger im Hinblick auf das Verhalten Deutschlands in der Europäischen Union.

41 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

38 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Dass Deutschland zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nimmt, meinen mehrheitlich nur die Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 I. Quartal	40	15	41
KW 15	40	16	40
KW 18	42	15	38
KW 21	39	16	41
KW 24	41	16	38
Ost	47	15	32
West	40	16	39
18- bis 29-Jährige	34	18	43
30- bis 44-Jährige	48	14	32
45- bis 59-Jährige	48	14	34
60 Jahre und älter	37	18	40
Anhänger der: CDU/CSU	45	9	44
SPD	28	16	51
FDP	45	15	39
Linke	22	33	40
Grünen	24	22	49
AfD	76	14	7

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	18. bis 22. Juni 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

15 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 17 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 67 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 I. Quartal	17	13	69
	KW 16	17	13	69
	KW 19	16	15	68
	KW 22	18	18	64
	KW 25	15	17	67
Ost		17	18	65
West		15	17	67
Männer		17	14	68
Frauen		14	20	65
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	9	28	62
	- € 1.500 bis unter € 3.000	15	21	63
	- € 3.000 oder mehr	20	11	69

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 23 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 12 Prozent mit einer Verschlechterung. 64 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 I. Quartal	24	10	65
	KW 16	24	10	65
	KW 19	22	11	66
	KW 22	25	13	60
	KW 25	23	12	64
Ost		22	15	63
West		23	12	64
Männer		25	12	62
Frauen		21	12	66
18- bis 29-Jährige		45	4	50
30- bis 44-Jährige		33	14	52
45- bis 59-Jährige		16	16	67
60 Jahre und älter		9	14	77
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		30	14	56
- € 1.500 bis unter € 3.000		22	12	64
- € 3.000 oder mehr		22	13	65
Anhänger der:				
CDU/CSU		22	8	69
SPD		27	8	65
FDP		14	6	80
Linke		26	11	63
Grünen		23	5	72
AfD		20	29	50

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

46 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

44 Prozent (etwas mehr als in der vergangenen Erhebung) sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 I. Quartal	49	41
	KW 16	52	39
	KW 19	48	41
	KW 22	51	41
	KW 25	46	44
Ost		42	47
West		46	43
Männer		49	40
Frauen		42	47
18- bis 29-Jährige		36	54
30- bis 44-Jährige		44	48
45- bis 59-Jährige		52	39
60 Jahre und älter		49	39
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		28	62
- € 1.500 bis unter € 3.000		44	48
- € 3.000 oder mehr		56	35
Anhänger der:			
CDU/CSU		49	42
SPD		54	38
FDP		60	32
Linke		47	42
Grünen		57	31
AfD		39	52

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

28 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 I. Quartal	52	26	20
KW 16	51	28	20
KW 19	49	27	21
KW 22	50	29	19
KW 25	48	28	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	48	28	21
Ost	47	31	21
West	48	28	21
Männer	51	26	21
Frauen	44	31	22
18- bis 29-Jährige	56	22	19
30- bis 44-Jährige	46	29	23
45- bis 59-Jährige	44	34	20
60 Jahre und älter	47	28	22
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	36	37	24
- € 1.500 bis unter € 3.000	43	31	24
- € 3.000 oder mehr	58	23	18
Anhänger der: CDU/CSU	54	21	22
SPD	63	22	14
FDP	45	25	25
Linke	38	33	28
Grünen	53	24	22
AfD	28	49	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.505 Befragte
Erhebungszeitraum:	25. bis 29. Juni 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Aktuell haben nur noch 32 Prozent der Bundesbürger den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln. Das ist der niedrigste bisher gemessene Wert in dieser Frage.

59 Prozent und damit deutlich mehr als in der letzten Erhebung sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016	41	50
2017 I. Quartal	48	44
II. Quartal	52	40
III.Quartal	51	40
IV.Quartal	47	44
2018 I. Quartal	43	47
KW 14	43	47
KW 17	42	47
KW 20	42	48
KW 23	40	50
KW 26	32	59

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen eine Mehrheit der Anhänger von SPD, FDP, Linkspartei und Grünen sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	32	59
Ost	22	67
West	34	57
Männer	33	59
Frauen	31	58
18- bis 29-Jährige	41	51
30- bis 44-Jährige	33	59
45- bis 59-Jährige	29	64
60 Jahre und älter	27	59
Anhänger der: CDU/CSU	50	39
SPD	37	52
FDP	31	63
Linke	24	66
Grünen	34	53
AfD	3	94

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 83 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 66 Prozent zufrieden, mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 51 Prozent.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

41 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 37 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 30 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden.

28 Prozent zeigen sich mit der Sicherung der Altersvorsorge, 25 Prozent mit der Integration von Zuwanderern und 24 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	83	74	85	86	80	84	83	81	84
Lage am Arbeitsmarkt	66	58	68	73	60	70	68	69	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	36	54	54	49	65	53	51	44
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	41	39	42	46	37	41	40	37	41
Schul- und Bildungssystem	37	31	38	35	39	50	37	29	32
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	22	32	33	28	41	28	24	28
Sicherung der Altersversorgung	28	28	28	29	28	25	21	18	40
Integration von Zuwanderern	25	21	26	23	27	34	28	20	19
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	24	21	24	24	24	31	22	21	23

Die Zufriedenheitswerte in den einzelnen Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Etwas gesunken ist die Zufriedenheit mit dem Umgang mit Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015 %	2016 %	2017 %	2018 I.Quart. %	KW14 %	KW17 %	KW20 %	KW23 %	KW26 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	87	84	86	83
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	68	67	65	68	66
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	52	51	51	51	51
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	42	43	44	43	41
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	36	34	35	37
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	30	32	30	32	30
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	28	28	26	27	28
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	28	29	27	28	25
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	33	33	30	29	24

Bei der Themenwahrnehmung im Hinblick auf die Arbeit der Bundesregierung ist aufgrund des Streits zwischen den Unionsparteien aktuell das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik mit 40 Prozent (+ 22 Prozentpunkte) das alles dominierende Thema. Auch das Thema Ausländer bzw. Integration allgemein wird mit 15 Prozent wieder häufiger genannt als im Vormonat. 9 Prozent nennen auf die Frage auch ganz konkret den Streit zwischen CSU und CDU, 3 Prozent die diskutierten Grenzschießungen bzw. Grenzkontrollen.

Weitere Themen, die aktuell von den Bundesbürgern wahrgenommen werden, sind die Kindergelderhöhung (9 %), die Diskussion um die Zukunft der EU (6 %) sowie die Themen Mindestlohn, Diesel-Skandal und die Gesundheits- und Rentenpolitik (jeweils 3 Prozent).

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018								
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	KW14	KW17	KW20	KW23	KW26
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	17	15	14	13	18	40
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	6	5	6	7	10	15
Streit zwischen CDU und CSU	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9
Kindergeld, Kindergelderhöhung	0	0	0	0	0	1	1	0	1	1	9
Zukunft der EU	1	2	2	1	1	1	1	3	2	5	6
Mindestlohn	0	1	0	0	0	0	0	1	1	0	4
Diesel-Skandal	-	-	-	9	2	4	6	4	2	6	4
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	5	8	8	5	7	4
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	4	6	4	6	3
Grenzschießung, Grenzkontrollen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 3 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	2. bis 6. Juli 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

56 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

43 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 I. Quartal	58	41
	II. Quartal	60	40
	KW27	56	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	56	43
Ost	59	40
West	56	44
Männer	48	51
Frauen	65	35
18- bis 29-Jährige	53	47
30- bis 44-Jährige	57	43
45- bis 59-Jährige	61	38
60 Jahre und älter	58	41
Anhänger der: CDU/CSU	60	40
SPD	57	42
FDP	50	50
Linke	64	36
Grünen	65	35
AfD	53	46

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden aktuell am häufigsten die USA (29 %) genannt. An zweiter Stelle folgen Asylbewerber bzw. Flüchtlinge als Bedrohung für Deutschland mit aktuell 18 Prozent. 12 Prozent nennen die Kriege und Krisen im Nahen Osten, 10 Prozent eine mögliche neue (Welt-) Wirtschaftskrise als Resultat der Strafzölle.

Alle anderen Krisen bzw. Regionen werden jeweils von weniger als 10 Prozent als bedrohlich eingestuft.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017			2018			
	%	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	I. Quart.	II. Quart.	KW27
	%	%	%	%	%	%	%	%
USA	6	21	15	15	17	19	25	29
Syrien	18	14	15	8	6	13	13	9
Nord-Korea	-	-	-	10	27	20	9	6
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	15	12
IS/ Islamischer Staat	15	8	8	5	4	3	2	2
Iran	1	1	1	1	2	1	5	3
Türkei	7	12	9	12	5	8	4	4
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	9	8	18
China	-	1	1	1	1	1	1	2
Russland	9	7	7	5	4	8	9	5
Ukraine	5	4	3	2	2	2	2	2
Afrika	2	3	2	3	3	2	2	4
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	4	6
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2	2	2
„Neuer Kalter Krieg“	-	-	-	-	-	-	5	2
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	3	4	5
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	2	2	6	10
Armut	2	2	2	2	2	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

38 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur wenige (8 %) sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

51 Prozent sind aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *)
	%	%	%
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017 I. Quartal	35	9	54
II. Quartal	34	9	54
III. Quartal	36	9	53
IV. Quartal	36	9	53
2018 I. Quartal	39	10	49
II. Quartal	40	10	48
KW 27	38	8	51
Ost	36	9	51
West	39	8	51
18- bis 29-Jährige	38	10	47
30- bis 44-Jährige	34	10	56
45- bis 59-Jährige	43	8	47
60 Jahre und älter	37	9	51
Anhänger der: CDU/CSU	39	5	56
SPD	42	7	50
FDP	41	9	50
Linke	47	10	40
Grünen	54	5	36
AfD	17	22	58

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Zeitverlauf deutlich stabiler sind die Einstellungen der Bundesbürger im Hinblick auf das Verhalten Deutschlands in der Europäischen Union.

43 Prozent der Bundesbürger finden aktuell, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

38 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Dass Deutschland zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nimmt, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 I. Quartal	40	15	41
II. Quartal	41	16	39
KW 27	43	15	38
Ost	46	18	29
West	43	14	39
18- bis 29-Jährige	52	10	33
30- bis 44-Jährige	45	14	36
45- bis 59-Jährige	44	14	38
60 Jahre und älter	37	18	40
Anhänger der: CDU/CSU	41	9	48
SPD	40	17	40
FDP	52	8	37
Linke	27	34	32
Grünen	22	17	55
AfD	70	17	9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	9. bis 13. Juli 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 15 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 66 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 I. Quartal	17	13	69
	II. Quartal	17	16	67
	KW 28	18	15	66
Ost		15	14	71
West		18	16	66
Männer		18	16	66
Frauen		17	15	67
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		13	28	58
- € 1.500 bis unter € 3.000		18	14	68
- € 3.000 oder mehr		21	11	68

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 21 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 12 Prozent mit einer Verschlechterung. 65 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 I. Quartal	24	10	65
	II. Quartal	24	12	64
	KW 28	21	12	65
Ost		19	13	67
West		22	12	65
Männer		24	12	64
Frauen		19	13	67
18- bis 29-Jährige		49	7	43
30- bis 44-Jährige		28	13	58
45- bis 59-Jährige		15	12	71
60 Jahre und älter		8	16	76
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		26	16	57
- € 1.500 bis unter € 3.000		19	13	68
- € 3.000 oder mehr		21	10	69
Anhänger der:				
CDU/CSU		22	11	67
SPD		24	5	71
FDP		21	12	67
Linke		21	13	65
Grünen		21	8	71
AfD		18	19	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

51 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

40 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 I. Quartal	49	41
	II. Quartal	49	41
	KW 28	51	40
Ost		49	44
West		51	39
Männer		52	40
Frauen		50	40
18- bis 29-Jährige		54	40
30- bis 44-Jährige		54	40
45- bis 59-Jährige		52	40
60 Jahre und älter		49	41
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		33	60
- € 1.500 bis unter € 3.000		50	42
- € 3.000 oder mehr		66	26
Anhänger der:			
CDU/CSU		57	37
SPD		56	35
FDP		65	26
Linke		48	42
Grünen		62	30
AfD		50	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

47 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

29 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

		eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich %
				*)
insgesamt:	2015	47	32	18
	2016	46	34	18
	2017 I. Quartal	50	31	17
	II. Quartal	52	29	17
	III. Quartal	51	29	19
	IV. Quartal	51	28	21
	2018 I. Quartal	52	26	20
	II. Quartal	50	28	20
	KW 28	47	29	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	47	29	22
Ost	45	32	22
West	47	29	22
Männer	49	27	22
Frauen	45	31	22
18- bis 29-Jährige	41	29	28
30- bis 44-Jährige	52	27	19
45- bis 59-Jährige	44	34	21
60 Jahre und älter	45	29	23
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	39	36	22
- € 1.500 bis unter € 3.000	44	29	26
- € 3.000 oder mehr	59	26	14
Anhänger der: CDU/CSU	53	24	21
SPD	49	30	20
FDP	53	25	20
Linke	43	32	24
Grünen	58	19	21
AfD	38	42	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis: 1.504 Befragte
 Erhebungszeitraum: 16. bis 20. Juli 2018
 statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte
 Auftraggeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

38 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

53 Prozent sind der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 I. Quartal	43	47
	II. Quartal	40	50
	KW 29	38	53

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen eine Mehrheit der Anhänger von SPD, FDP und Linkspartei sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	38	53
Ost	31	58
West	39	52
Männer	38	53
Frauen	37	53
18- bis 29-Jährige	41	50
30- bis 44-Jährige	37	57
45- bis 59-Jährige	38	53
60 Jahre und älter	35	55
Anhänger der: CDU/CSU	56	35
SPD	39	54
FDP	38	56
Linke	18	70
Grünen	45	45
AfD	12	84

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 82 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 65 Prozent zufrieden, mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 53 Prozent.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

40 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 38 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 29 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden.

28 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und jeweils 27 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge bzw. mit der Integration von Zuwanderern zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	82	78	82	83	80	85	78	83	81
Lage am Arbeitsmarkt	65	58	66	71	59	66	73	68	59
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	42	55	56	50	64	55	55	42
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	40	32	41	43	36	36	39	37	42
Schul- und Bildungssystem	38	35	39	39	37	47	38	36	34
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	29	25	30	31	28	35	30	27	24
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	28	24	28	29	26	35	27	25	25
Sicherung der Altersversorgung	27	30	27	29	25	25	26	24	32
Integration von Zuwanderern	27	18	28	27	26	38	26	24	20

Die Zufriedenheitswerte in den einzelnen Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in den Erhebungen im letzten Quartal.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018 I.Quart.	II.Quart.	KW29
	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	82
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	67	65
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	51	53
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	43	40
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	38
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	31	29
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	30	28
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	27	27
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	27	27

Bei der Themenwahrnehmung im Hinblick auf die Arbeit der Bundesregierung ist aufgrund des Streits zwischen den Unionsparteien aktuell das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik mit 32 Prozent immer noch das alles dominierende Thema, auch wenn dieses nicht mehr ganz so häufig wie bei der letzten Erhebung genannt wird. Auch das Thema Ausländer bzw. Integration allgemein wird mit 16 Prozent weiterhin als zweithäufigstes Thema genannt. 6 Prozent nennen auf die Frage auch ganz konkret den Streit zwischen CSU und CDU.

Weitere Themen, die aktuell von den Bundesbürgern wahrgenommen werden, sind mit jeweils 8 Prozent die Gesundheits- und Rentenpolitik.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018					
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	II.Quart.	KW29
	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	17	20	32
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	6	9	16
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	5	6	8
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	5	8
Streit zwischen CDU und CSU	0	0	0	0	0	0	2	6

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 3 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	23. bis 27. Juli 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

56 Prozent der Bundesbürger, und damit ebenso viele wie vor drei Wochen, machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

42 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 I. Quartal	58	41
	II. Quartal	60	40
	KW 27	56	43
	KW 30	56	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	56	42
Ost	55	44
West	57	42
Männer	46	54
Frauen	67	32
18- bis 29-Jährige	52	45
30- bis 44-Jährige	55	45
45- bis 59-Jährige	57	42
60 Jahre und älter	62	38
Anhänger der: CDU/CSU	57	43
SPD	65	34
FDP	52	46
Linke	67	33
Grünen	60	40
AfD	44	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden weiterhin am häufigsten die USA (27 %) genannt. Alle anderen Krisen oder Entwicklungen folgen mit deutlichem Abstand: 16 Prozent nennen in diesem Zusammenhang Asylbewerber bzw. Flüchtlinge, 12 Prozent die Kriege und Krisen im Nahen Osten und jeweils 9 Prozent die Situation in Syrien sowie auch einen drohenden Handelskrieg durch die Einführung von Strafzöllen.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017				2018			
		I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.	I. Quart.	II. Quart.	KW27	KW30
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
USA	6	21	15	15	17	19	25	29	27
Syrien	18	14	15	8	6	13	13	9	9
Nord-Korea	-	-	-	10	27	20	9	6	4
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	15	12	12
Iran	1	1	1	1	2	1	5	3	5
Türkei	7	12	9	12	5	8	4	4	5
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	9	8	18	16
Russland	9	7	7	5	4	8	9	5	7
Ukraine	5	4	3	2	2	2	2	2	2
Afrika	2	3	2	3	3	2	2	4	2
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	4	6	5
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2	2	2	2
„Neuer Kalter Krieg“	-	-	-	-	-	-	5	2	3
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	3	4	5	4
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	2	2	6	10	4
Handelskrieg	-	-	-	-	-	-	-	-	9
Armut	2	2	2	2	2	2	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

42 Prozent der Bundesbürger meinen mittlerweile, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

Nur noch 7 Prozent sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Knapp die Hälfte (48 %) der Bundesbürger ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *)
	%	%	genug %
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017 I. Quartal	35	9	54
II. Quartal	34	9	54
III. Quartal	36	9	53
IV. Quartal	36	9	53
2018 I. Quartal	39	10	49
II. Quartal	40	10	48
KW 27	38	8	51
KW 30	42	7	48
Ost	37	9	50
West	42	7	48
18- bis 29-Jährige	49	11	37
30- bis 44-Jährige	40	7	49
45- bis 59-Jährige	42	7	47
60 Jahre und älter	40	7	51
Anhänger der: CDU/CSU	43	5	50
SPD	41	5	53
FDP	40	8	50
Linke	55	7	36
Grünen	56	3	39
AfD	27	21	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf die Europäische Union meinen aktuell 37 Prozent der Bundesbürger, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

41 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Dass Deutschland zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nimmt, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 I. Quartal	40	15	41
II. Quartal	41	16	39
KW 27	43	15	38
KW 30	37	16	41
Ost	41	15	36
West	37	17	42
18- bis 29-Jährige	39	16	41
30- bis 44-Jährige	38	16	39
45- bis 59-Jährige	41	17	38
60 Jahre und älter	35	18	42
Anhänger der: CDU/CSU	37	8	52
SPD	35	18	43
FDP	43	13	42
Linke	25	32	33
Grünen	25	24	48
AfD	59	25	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	30. Juli bis 3. August 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

20 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 15 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 65 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 I. Quartal	17	13	69
	II. Quartal	17	16	67
	KW 28	18	15	66
	KW 31	20	15	65
Ost		12	17	71
West		21	14	64
Männer		22	15	62
Frauen		18	14	67
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	16	21	63
	- € 1.500 bis unter € 3.000	17	18	64
	- € 3.000 oder mehr	26	12	62

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 24 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 11 Prozent mit einer Verschlechterung. 64 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 I. Quartal	24	10	65
	II. Quartal	24	12	64
	KW 28	21	12	65
	KW 31	24	11	64
Ost		16	16	64
West		25	10	64
Männer		25	10	63
Frauen		22	11	65
18- bis 29-Jährige		46	6	48
30- bis 44-Jährige		37	9	52
45- bis 59-Jährige		17	12	69
60 Jahre und älter		9	13	76
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		24	13	61
- € 1.500 bis unter € 3.000		26	12	60
- € 3.000 oder mehr		24	9	67
Anhänger der:				
CDU/CSU		21	8	70
SPD		24	9	67
FDP		26	14	59
Linke		23	16	60
Grünen		15	8	76
AfD		21	19	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Unverändert 51 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

39 Prozent sind der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 I. Quartal	49	41
	II. Quartal	49	41
	KW 28	51	40
	KW 31	51	39
Ost		44	46
West		53	38
Männer		56	37
Frauen		47	42
18- bis 29-Jährige		50	41
30- bis 44-Jährige		55	38
45- bis 59-Jährige		58	34
60 Jahre und älter		48	40
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		37	50
- € 1.500 bis unter € 3.000		45	45
- € 3.000 oder mehr		68	28
Anhänger der:			
CDU/CSU		57	36
SPD		56	35
FDP		61	33
Linke		52	36
Grünen		67	24
AfD		47	44

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

45 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

28 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 I. Quartal	52	26	20
II. Quartal	50	28	20
KW 28	47	29	22
KW 31	45	28	23

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	45	28	23
Ost	41	38	19
West	46	26	24
Männer	46	27	25
Frauen	45	29	22
18- bis 29-Jährige	53	23	22
30- bis 44-Jährige	45	35	19
45- bis 59-Jährige	43	30	24
60 Jahre und älter	43	26	26
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	37	31	28
- € 1.500 bis unter € 3.000	38	34	25
- € 3.000 oder mehr	55	23	21
Anhänger der: CDU/CSU	51	25	21
SPD	55	25	20
FDP	60	19	19
Linke	36	39	23
Grünen	53	17	26
AfD	21	58	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	6. bis 10. August 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

33 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

58 Prozent (dies ist mit Ausnahme der letzten Juni-Woche der höchste Wert seit 2015) sind aktuell der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

		richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 I. Quartal	43	47
	II. Quartal	40	50
	KW 29	38	53
	KW 32	33	58

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen insbesondere die Anhänger der Linkspartei sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	33	58
Ost	25	64
West	34	57
Männer	33	59
Frauen	33	56
18- bis 29-Jährige	40	53
30- bis 44-Jährige	32	64
45- bis 59-Jährige	30	61
60 Jahre und älter	31	57
Anhänger der: CDU/CSU	57	35
SPD	35	51
FDP	32	61
Linke	17	77
Grünen	42	51
AfD	4	91

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 85 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 69 Prozent zufrieden, mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 50 Prozent.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

40 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 36 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 29 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden.

25 Prozent zeigen sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern, 24 Prozent mit der Integration von Zuwanderern und 22 Prozent mit der Sicherung der Altersvorsorge.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	85	82	86	87	83	91	87	83	83
Lage am Arbeitsmarkt	69	59	71	73	66	72	78	72	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	50	37	53	53	48	59	51	53	41
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	40	28	42	43	38	41	40	39	41
Schul- und Bildungssystem	36	26	38	37	35	48	38	33	32
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	29	24	30	32	26	41	31	22	24
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	25	20	26	27	23	25	31	19	24
Integration von Zuwanderern	24	20	25	24	25	33	25	20	21
Sicherung der Altersversorgung	22	20	23	23	22	18	19	20	29

Die Zufriedenheitswerte in den meisten Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Etwas gestiegen ist die Zufriedenheit mit der Lage am Arbeitsmarkt.

Die Zufriedenheit mit der Sicherheit der Altersversorgung hat dagegen im Vergleich zur letzten Erhebung abgenommen und erreicht mit 22 Prozent nun den niedrigsten Wert, der bislang auf diesem Feld gemessen wurde.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018 I.Quart.	II.Quart.	KW29	KW32
	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	82	85
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	67	65	69
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	51	53	50
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	43	40	40
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	38	36
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	31	29	29
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	30	28	25
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	27	27	24
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	27	27	22

Bei der Themenwahrnehmung im Hinblick auf die Arbeit der Bundesregierung ist aktuell das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik mit 29 Prozent immer noch das alles dominierende Thema, wenn auch mit leicht rückläufiger Tendenz.

Auch das Thema Ausländer bzw. Integration allgemein wird mit 15 Prozent weiterhin als zweithäufigstes Thema genannt.

Weitere Themen, die aktuell von den Bundesbürgern wahrgenommen werden, sind mit 7 Prozent die Gesundheitspolitik, mit 6 Prozent die Debatte über die mögliche Einführung einer Dienst- bzw. Wehrpflicht, mit 5 Prozent die Rentenpolitik, mit 4 Prozent die Umweltpolitik und den Streit zwischen CSU und CDU und mit jeweils 3 Prozent die Themen Kindergeld, Diesel-Skandal und die Ankerzentren für Asylbewerber.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018						
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	II.Quart.	KW29	KW32
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	17	20	32	29
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	6	9	16	15
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	5	6	8	7
Debatte über Dienst-/Wehrpflicht	-	-	-	-	-	-	-	-	6
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	5	8	5
Streit zwischen CDU und CSU	0	0	0	0	0	0	2	6	4
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	1	1	2	4	3	2	1	4
Kindergeld, Kindergelderhöhung	0	0	0	0	0	1	2	1	3
Diesel-Skandal	-	-	-	9	2	4	4	2	3
Ankerzentren für Asylbewerber	-	-	-	-	-	-	0	1	3

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 3 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis: 1.503 Befragte
 Erhebungszeitraum: 13. bis 17. August 2018
 statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte
 Auftraggeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

59 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

41 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 I. Quartal	58	41
	II. Quartal	60	40
	KW 27	56	43
	KW 30	56	42
	KW 33	59	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	59	41
Ost	62	38
West	58	41
Männer	47	52
Frauen	69	30
18- bis 29-Jährige	45	53
30- bis 44-Jährige	54	45
45- bis 59-Jährige	63	37
60 Jahre und älter	69	30
Anhänger der: CDU/CSU	62	37
SPD	53	45
FDP	57	43
Linke	65	33
Grünen	69	31
AfD	50	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden weiterhin am häufigsten die USA (25 %) genannt. Alle anderen Krisen oder Entwicklungen folgen mit deutlichem Abstand: 14 Prozent nennen in diesem Zusammenhang Asylbewerber bzw. Flüchtlinge, 12 Prozent die Türkei, 10 Prozent die Kriege und Krisen im Nahen Osten und jeweils 7 Prozent die Situation in Syrien sowie auch die Umwelt und das Klima.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017				2018						
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	II.Quart.	KW27	KW30	KW33		
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%		
USA	6	21	15	15	17	19	25	29	27	25		
Syrien	18	14	15	8	6	13	13	9	9	7		
Nord-Korea	-	-	-	10	27	20	9	6	4	3		
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	15	12	12	10		
Iran	1	1	1	1	2	1	5	3	5	4		
Türkei	7	12	9	12	5	8	4	4	5	12		
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	9	8	18	16	14		
Russland	9	7	7	5	4	8	9	5	7	6		
Afrika	2	3	2	3	3	2	2	4	2	3		
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	4	6	5	4		
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2	2	2	2	3		
„Neuer Kalter Krieg“	-	-	-	-	-	-	5	2	3	2		
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	3	4	5	4	7		
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	2	2	6	10	4	6		
Handelskrieg	-	-	-	-	-	-	-	-	9	5		
Armut	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3		

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

40 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

11 Prozent sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Knapp die Hälfte (46 %) der Bundesbürger ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016		30	11	58
2017	I. Quartal	35	9	54
	II. Quartal	34	9	54
	III. Quartal	36	9	53
	IV. Quartal	36	9	53
2018	I. Quartal	39	10	49
	II. Quartal	40	10	48
	KW 27	38	8	51
	KW 30	42	7	48
	KW 33	40	11	46
Ost		38	12	47
West		41	11	46
18- bis 29-Jährige		47	11	37
30- bis 44-Jährige		41	13	43
45- bis 59-Jährige		39	11	48
60 Jahre und älter		37	11	50
Anhänger der: CDU/CSU		34	5	57
	SPD	47	11	40
	FDP	41	9	49
	Linke	58	14	27
	Grünen	61	5	33
	AfD	22	35	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf die Europäische Union meinen aktuell 44 Prozent der Bundesbürger, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

35 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Dass Deutschland zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nimmt, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 I. Quartal	40	15	41
II. Quartal	41	16	39
KW 27	43	15	38
KW 30	37	16	41
KW 33	44	16	35
Ost	51	17	25
West	43	16	37
18- bis 29-Jährige	37	15	39
30- bis 44-Jährige	49	16	33
45- bis 59-Jährige	50	16	29
60 Jahre und älter	43	17	35
Anhänger der: CDU/CSU	43	11	44
SPD	42	13	42
FDP	54	11	33
Linke	25	43	23
Grünen	21	26	47
AfD	78	16	5

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	20. bis 24. August 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 17 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 65 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 I. Quartal	17	13	69
	II. Quartal	17	16	67
	KW 28	18	15	66
	KW 31	20	15	65
	KW 34	18	17	65
Ost		10	20	69
West		19	16	64
Männer		20	17	62
Frauen		16	16	67
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		14	28	58
- € 1.500 bis unter € 3.000		15	20	65
- € 3.000 oder mehr		24	11	65

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 21 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 14 Prozent mit einer Verschlechterung. 64 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 I. Quartal	24	10	65
	II. Quartal	24	12	64
	KW 28	21	12	65
	KW 31	24	11	64
	KW 34	21	14	64
Ost		16	16	66
West		22	14	64
Männer		24	14	61
Frauen		18	14	67
18- bis 29-Jährige		43	12	45
30- bis 44-Jährige		31	14	54
45- bis 59-Jährige		19	12	67
60 Jahre und älter		6	18	75
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		24	17	58
- € 1.500 bis unter € 3.000		18	17	64
- € 3.000 oder mehr		24	11	65
Anhänger der:				
CDU/CSU		23	10	67
SPD		24	15	61
FDP		24	9	67
Linke		14	14	70
Grünen		18	6	75
AfD		17	29	52

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Unverändert 51 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

42 Prozent sind hingegen der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 I. Quartal	49	41
	II. Quartal	49	41
	KW 28	51	40
	KW 31	51	39
	KW 34	51	42
Ost		42	49
West		53	40
Männer		53	41
Frauen		49	42
18- bis 29-Jährige		39	57
30- bis 44-Jährige		56	38
45- bis 59-Jährige		59	35
60 Jahre und älter		48	42
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		32	58
- € 1.500 bis unter € 3.000		44	50
- € 3.000 oder mehr		68	27
Anhänger der:			
CDU/CSU		62	32
SPD		54	39
FDP		53	43
Linke		42	48
Grünen		62	33
AfD		53	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

44 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

32 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 I. Quartal	52	26	20
II. Quartal	50	28	20
KW 28	47	29	22
KW 31	45	28	23
KW 34	44	32	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen mehrheitlich nur die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	44	32	22
Ost	35	38	25
West	46	31	21
Männer	47	29	23
Frauen	41	34	22
18- bis 29-Jährige	49	29	20
30- bis 44-Jährige	43	36	20
45- bis 59-Jährige	41	35	23
60 Jahre und älter	43	31	24
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	37	43	17
- € 1.500 bis unter € 3.000	37	36	26
- € 3.000 oder mehr	54	25	19
Anhänger der: CDU/CSU	56	23	19
SPD	46	31	22
FDP	56	25	17
Linke	39	32	28
Grünen	58	23	17
AfD	23	53	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	27. bis 31. August 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

36 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

54 Prozent sind aktuell der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III.Quartal	51	40
	IV.Quartal	47	44
	2018 I. Quartal	43	47
	II. Quartal	40	50
	KW 29	38	53
	KW 32	33	58
	KW 35	36	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen insbesondere die Anhänger der Linkspartei sowie fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	36	54
Ost	27	62
West	38	53
Männer	37	54
Frauen	36	54
18- bis 29-Jährige	46	45
30- bis 44-Jährige	34	57
45- bis 59-Jährige	32	60
60 Jahre und älter	36	52
Anhänger der: CDU/CSU	54	38
SPD	49	40
FDP	43	48
Linke	26	65
Grünen	46	45
AfD	5	89

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 85 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 69 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

49 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 47 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 34 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und 31 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit zufrieden.

Jeweils 27 Prozent zeigen sich mit der Integration von Zuwanderern bzw. mit der Sicherung der Altersvorsorge und 26 Prozent mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	85	81	86	85	85	92	84	83	84
Lage am Arbeitsmarkt	69	60	70	72	65	78	75	69	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49	37	51	50	48	66	53	44	40
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	47	37	48	52	42	49	44	44	49
Schul- und Bildungssystem	34	22	36	36	31	55	34	28	24
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	31	24	32	33	28	37	30	26	28
Integration von Zuwanderern	27	19	28	27	27	40	27	21	21
Sicherung der Altersversorgung	27	23	28	28	26	25	17	24	39
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	26	23	27	28	24	34	27	18	24

Die Zufriedenheitswerte in den meisten Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Im Vergleich zur letzten Erhebung ist die Zufriedenheit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und mit der Sicherheit der Altersversorgung wieder gestiegen.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018				
	%	%	%	I.Quart. %	II.Quart. %	KW29 %	KW32 %	KW35 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	82	85	85
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	67	65	69	69
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	51	53	50	49
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	43	40	40	47
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	38	36	34
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	31	29	29	31
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	27	27	24	27
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	27	27	22	27
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	30	28	25	26

Bei der Themenwahrnehmung im Hinblick auf die Arbeit der Bundesregierung ist nach dem Beschluss des Rentenpakets der Großen Koalition aktuell das Thema Rente und Rentenpolitik mit 36 Prozent das mit Abstand alles dominierende Thema.

Das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik wird mit immer noch 25 Prozent am zweithäufigsten genannt, gefolgt vom Thema Ausländer bzw. Integration allgemein mit 13 Prozent.

Weitere Themen, die aktuell von den Bundesbürgern wahrgenommen werden, sind mit 5 Prozent die Gesundheitspolitik und mit 3 Prozent die Umwelt- bzw. Klimapolitik.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018							
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	II.Quart.	KW29	KW32	KW35
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	5	8	5	36
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	17	20	32	29	25
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	6	9	16	15	13
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	5	6	8	7	5
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	1	1	2	4	3	2	1	4	3

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 3 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	3. bis 7. September 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

58 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

41 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017 I. Quartal	61	39
	II. Quartal	63	36
	III. Quartal	64	36
	IV. Quartal	60	40
	2018 I. Quartal	58	41
	II. Quartal	60	40
	KW 27	56	43
	KW 30	56	42
	KW 33	59	41
	KW 36	58	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

Von den Parteianhängern machen sich aktuell vor allem die Anhänger der Linkspartei um den Weltfrieden Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	58	41
Ost	55	44
West	59	40
Männer	51	49
Frauen	66	32
18- bis 29-Jährige	51	48
30- bis 44-Jährige	57	43
45- bis 59-Jährige	63	36
60 Jahre und älter	65	34
Anhänger der: CDU/CSU	55	43
SPD	61	39
FDP	53	47
Linke	75	25
Grünen	61	38
AfD	66	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden unverändert am häufigsten die USA (26 %) genannt. Alle anderen Krisen oder Entwicklungen folgen mit deutlichem Abstand: 13 Prozent nennen in diesem Zusammenhang Asylbewerber bzw. Flüchtlinge, jeweils 12 Prozent die Kriege und Krisen im Nahen Osten bzw. die Situation in Syrien und 7 Prozent die Türkei.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017				2018					
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	II.Quart.	KW27	KW30	KW33	KW36
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
USA	6	21	15	15	17	19	25	29	27	25	26
Syrien	18	14	15	8	6	13	13	9	9	7	12
Nord-Korea	-	-	-	10	27	20	9	6	4	3	4
Naher Osten, arabische Länder	10	9	9	6	9	10	15	12	12	10	12
Iran	1	1	1	1	2	1	5	3	5	4	2
Türkei	7	12	9	12	5	8	4	4	5	12	7
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	11	8	11	9	9	8	18	16	14	13
Russland	9	7	7	5	4	8	9	5	7	6	6
Ukraine	5	4	3	2	2	2	2	2	2	1	2
Afrika	2	3	2	3	3	2	2	4	2	3	4
Krieg, Terrorismus allgemein	11	10	10	8	7	5	4	6	5	4	5
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	4	3	2	3	2	2	2	2	3	3
ISIS, IS	15	8	8	5	4	3	2	2	1	1	2
Umwelt, Klima	2	2	2	3	4	3	4	5	4	7	5
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	3	2	2	2	2	6	10	4	6	5
Handelskrieg	-	-	-	-	-	-	-	-	9	5	5
Armut	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3	3
Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

41 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

9 Prozent sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Knapp die Hälfte (47 %) der Bundesbürger ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen %	weniger Verantwortung übernehmen %	tut bereits *) genug %
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017 I. Quartal	35	9	54
II. Quartal	34	9	54
III. Quartal	36	9	53
IV. Quartal	36	9	53
2018 I. Quartal	39	10	49
II. Quartal	40	10	48
KW 27	38	8	51
KW 30	42	7	48
KW 33	40	11	46
KW 36	41	9	47
Ost	36	12	50
West	42	9	47
18- bis 29-Jährige	40	9	47
30- bis 44-Jährige	41	12	44
45- bis 59-Jährige	41	10	47
60 Jahre und älter	43	8	47
Anhänger der: CDU/CSU	41	5	53
SPD	51	5	42
FDP	45	9	46
Linke	43	9	42
Grünen	58	3	37
AfD	30	29	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf die Europäische Union meinen aktuell 45 Prozent der Bundesbürger, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

34 Prozent der Bundesbürger meinen, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

Dass Deutschland zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nimmt, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017 I. Quartal	39	15	43
II. Quartal	36	15	45
III. Quartal	36	16	44
IV. Quartal	35	17	45
2018 I. Quartal	40	15	41
II. Quartal	41	16	39
KW 27	43	15	38
KW 30	37	16	41
KW 33	44	16	35
KW 36	45	16	34
Ost	50	14	31
West	44	17	35
18- bis 29-Jährige	42	18	35
30- bis 44-Jährige	51	17	28
45- bis 59-Jährige	49	16	33
60 Jahre und älter	43	17	36
Anhänger der: CDU/CSU	42	11	45
SPD	41	15	40
FDP	43	16	38
Linke	37	32	30
Grünen	27	20	49
AfD	76	17	5

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	10. bis 14. September 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Jeweils 15 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser bzw. schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 69 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

▪ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017 I. Quartal	18	15	67
	II. Quartal	17	14	68
	III. Quartal	18	15	67
	IV. Quartal	17	15	68
	2018 I. Quartal	17	13	69
	II. Quartal	17	16	67
	KW 28	18	15	66
	KW 31	20	15	65
	KW 34	18	17	65
	KW 37	15	15	69
Ost		17	14	69
West		15	15	69
Männer		18	14	68
Frauen		12	16	71
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	10	28	61
	- € 1.500 bis unter € 3.000	14	18	68
	- € 3.000 oder mehr	20	9	71

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 22 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 10 Prozent mit einer Verschlechterung. 66 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017 I. Quartal	23	12	63
	II. Quartal	23	10	66
	III. Quartal	24	11	67
	IV. Quartal	24	11	64
	2018 I. Quartal	24	10	65
	II. Quartal	24	12	64
	KW 28	21	12	65
	KW 31	24	11	64
	KW 34	21	14	64
	KW 37	22	10	66
Ost		18	9	71
West		23	11	65
Männer		25	11	63
Frauen		19	10	70
18- bis 29-Jährige		39	2	58
30- bis 44-Jährige		36	5	57
45- bis 59-Jährige		17	19	63
60 Jahre und älter		8	12	79
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		30	13	57
- € 1.500 bis unter € 3.000		23	12	64
- € 3.000 oder mehr		22	8	69
Anhänger der:				
CDU/CSU		26	6	68
SPD		18	6	75
FDP		28	6	66
Linke		13	12	75
Grünen		18	9	72
AfD		17	25	58

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

42 Prozent sind hingegen der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017 I. Quartal	50	42
	II. Quartal	52	41
	III. Quartal	49	42
	IV. Quartal	48	43
	2018 I. Quartal	49	41
	II. Quartal	49	41
	KW 28	51	40
	KW 31	51	39
	KW 34	51	42
	KW 37	49	42
Ost		41	47
West		50	41
Männer		54	38
Frauen		44	45
18- bis 29-Jährige		42	44
30- bis 44-Jährige		53	40
45- bis 59-Jährige		54	37
60 Jahre und älter		47	43
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		33	57
- € 1.500 bis unter € 3.000		47	44
- € 3.000 oder mehr		60	31
Anhänger der:			
CDU/CSU		53	39
SPD		44	48
FDP		66	28
Linke		66	21
Grünen		61	27
AfD		48	40

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

30 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schieblich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017 I. Quartal	50	31	17
II. Quartal	52	29	17
III. Quartal	51	29	19
IV. Quartal	51	28	21
2018 I. Quartal	52	26	20
II. Quartal	50	28	20
KW 28	47	29	22
KW 31	45	28	23
KW 34	44	32	22
KW 37	48	30	20

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen insbesondere die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schieblich % ^{*)}
insgesamt	48	30	20
Ost	40	36	22
West	49	29	20
Männer	51	27	20
Frauen	45	33	20
18- bis 29-Jährige	59	24	14
30- bis 44-Jährige	51	30	18
45- bis 59-Jährige	40	38	20
60 Jahre und älter	46	29	24
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	36	38	22
- € 1.500 bis unter € 3.000	45	33	21
- € 3.000 oder mehr	56	26	17
Anhänger der: CDU/CSU	54	24	21
SPD	49	31	18
FDP	58	18	23
Linke	54	26	20
Grünen	58	26	15
AfD	33	47	18

^{*)} an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	17. bis 21. September 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Nur noch 32 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

59 Prozent (dies ist der höchste bislang gemessene Wert) sind aktuell der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017 I. Quartal	48	44
	II. Quartal	52	40
	III. Quartal	51	40
	IV. Quartal	47	44
	2018 I. Quartal	43	47
	II. Quartal	40	50
	III. Quartal	36	55
	KW 35	36	54
	KW 38	32	59

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen insbesondere die Anhänger der Linkspartei und (in noch stärkerem Maße) die Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	32	59
Ost	28	63
West	33	58
Männer	34	59
Frauen	31	59
18- bis 29-Jährige	35	56
30- bis 44-Jährige	31	59
45- bis 59-Jährige	29	65
60 Jahre und älter	31	59
Anhänger der: CDU/CSU	54	37
SPD	41	53
FDP	26	66
Linke	22	71
Grünen	33	59
AfD	8	85

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 84 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 69 Prozent, mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 51 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

44 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 34 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und jeweils 30 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit bzw. der Integration von Zuwanderern zufrieden.

Am wenigsten zufrieden zeigen sich die Bundesbürger aktuell mit der Sicherung der Altersversorgung (24 %).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	84	80	85	85	84	87	82	83	84
Lage am Arbeitsmarkt	69	61	70	76	62	78	75	70	58
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	38	53	57	45	63	55	51	43
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	44	40	44	51	36	40	46	41	45
Schul- und Bildungssystem	34	27	36	37	32	42	38	32	28
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	25	31	33	26	36	29	27	25
Integration von Zuwanderern	30	23	31	29	30	31	32	26	26
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	29	21	30	29	29	31	24	26	29
Sicherung der Altersversorgung	24	23	24	26	22	15	17	16	37

Die Zufriedenheitswerte in den meisten Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Leicht rückläufig ist im Vergleich zur letzten Erhebung die Zufriedenheit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und mit der Sicherung der Altersversorgung.

Etwas gestiegen ist die Zufriedenheit mit der Integration von Zuwanderern und mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018 I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW35	KW38
	%	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	84	85	84
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	67	68	69	69
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	51	51	49	51
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	43	42	47	44
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	36	34	34
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	31	30	31	30
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	27	26	27	30
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	30	26	26	29
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	27	25	27	24

Bei der Themenwahrnehmung im Hinblick auf die Arbeit der Bundesregierung ist aktuell das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik mit 24 Prozent wieder das am häufigsten genannte Thema, nachdem vor drei Wochen noch das Thema Rentenpolitik dominiert hatte, das aber mit aktuell 10 Prozent nicht mehr an erster Stelle steht.

Ebenfalls 10 Prozent nennen das Thema Ausländer und Integration sowie die Vorgänge um den Präsidenten des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen.

Weitere Themen, die aktuell von den Bundesbürgern wahrgenommen werden, sind u.a. das Thema Wohnungsbau bzw. Wohnungspolitik (9 %), die Gesundheitspolitik (6 %) und die Vorfälle in Chemnitz (5 %).

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018							
		I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	IV.Quart.	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW35	KW38
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	21	12	14	17	17	20	29	25	24
Rente, Rentenpolitik	8	4	6	6	5	5	5	16	36	10
Ausländer, Integration allg.	8	6	5	5	6	6	9	15	13	10
Diskussion um Hans-Georg Maaßen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10
Wohnungsbau, Wohnungspolitik	0	0	0	1	1	1	1	2	2	9
Gesundheitspolitik	0	1	1	1	2	5	6	7	5	6
Vorfälle in Chemnitz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5
Kinderbetreuung, Ausbau	0	0	1	0	1	0	1	1	1	4
Energiepolitik; Energiewende	2	1	1	1	2	1	1	1	1	4
Diesel-Skandal	-	-	-	9	2	4	4	2	3	4
Kindergeld, Kindergelderhöhung	0	0	0	0	0	1	2	1	2	4
Bildungs- und Schulpolitik	0	1	3	4	4	4	3	2	2	4

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 4 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	1. bis 5. Oktober 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 14 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 68 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017	18	15	67
	2018 I. Quartal	17	13	69
	II. Quartal	17	16	67
	KW 28	18	15	66
	KW 31	20	15	65
	KW 34	18	17	65
	KW 37	15	15	69
	KW 40	18	14	68
Ost		10	20	70
West		19	13	67
Männer		20	15	64
Frauen		16	13	71
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	10	21	69
	- € 1.500 bis unter € 3.000	15	19	66
	- € 3.000 oder mehr	25	8	67

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 22 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 13 Prozent mit einer Verschlechterung. 64 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017	24	11	65
	2018 I. Quartal	24	10	65
	II. Quartal	24	12	64
	KW 28	21	12	65
	KW 31	24	11	64
	KW 34	21	14	64
	KW 37	22	10	66
	KW 40	22	13	64
Ost		15	16	65
West		23	12	63
Männer		23	14	62
Frauen		21	12	65
18- bis 29-Jährige		41	7	48
30- bis 44-Jährige		32	10	56
45- bis 59-Jährige		19	18	62
60 Jahre und älter		7	14	77
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		27	17	55
- € 1.500 bis unter € 3.000		21	16	61
- € 3.000 oder mehr		23	9	67
Anhänger der:				
CDU/CSU		19	6	74
SPD		23	6	69
FDP		24	4	65
Linke		23	14	63
Grünen		21	7	71
AfD		15	32	52

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

47 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

44 Prozent sind hingegen der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017	50	42
	2018 I. Quartal	49	41
	II. Quartal	49	41
	KW 28	51	40
	KW 31	51	39
	KW 34	51	42
	KW 37	49	42
	KW 40	47	44
Ost		42	54
West		48	42
Männer		48	44
Frauen		46	44
18- bis 29-Jährige		46	42
30- bis 44-Jährige		52	40
45- bis 59-Jährige		53	41
60 Jahre und älter		43	47
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		26	60
- € 1.500 bis unter € 3.000		45	48
- € 3.000 oder mehr		62	32
Anhänger der:	CDU/CSU	50	42
	SPD	48	44
	FDP	57	34
	Linke	50	41
	Grünen	56	30
	AfD	47	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

46 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

29 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017	51	30	19
2018 I. Quartal	52	26	20
II. Quartal	50	28	20
KW 28	47	29	22
KW 31	45	28	23
KW 34	44	32	22
KW 37	48	30	20
KW 40	46	29	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen insbesondere die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	46	29	22
Ost	34	43	22
West	49	27	23
Männer	49	27	21
Frauen	44	31	23
18- bis 29-Jährige	47	29	21
30- bis 44-Jährige	52	30	18
45- bis 59-Jährige	43	32	24
60 Jahre und älter	43	28	25
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	40	30	26
- € 1.500 bis unter € 3.000	37	36	26
- € 3.000 oder mehr	56	24	19
Anhänger der: CDU/CSU	51	21	25
SPD	52	28	19
FDP	51	32	16
Linke	41	32	26
Grünen	58	19	22
AfD	24	57	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	8. bis 12. Oktober 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Weiterhin nur noch 32 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

60 Prozent (dies ist der höchste bislang gemessene Wert) sind aktuell der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017	50	42
	2018 I. Quartal	43	47
	II. Quartal	40	50
	III. Quartal	36	55
	KW 35	36	54
	KW 38	32	59
	KW 41	32	60

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die falsche Richtung entwickeln, meinen insbesondere die Anhänger der Linkspartei und fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	32	60
Ost	21	70
West	33	59
Männer	34	59
Frauen	29	62
18- bis 29-Jährige	46	51
30- bis 44-Jährige	31	60
45- bis 59-Jährige	27	67
60 Jahre und älter	26	64
Anhänger der: CDU/CSU	49	45
SPD	34	59
FDP	34	59
Linke	17	77
Grünen	37	55
AfD	6	91

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 84 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 70 Prozent, mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität 50 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

42 Prozent sind mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 34 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem und jeweils 30 Prozent mit dem der Integration von Zuwanderern bzw. mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

Am wenigsten zufrieden zeigen sich die Bundesbürger aktuell mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit (28 %) und mit der Sicherung der Altersversorgung (27 %).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	84	79	85	85	83	82	83	83	86
Lage am Arbeitsmarkt	70	64	71	74	66	84	70	70	63
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	50	34	52	51	49	63	52	46	43
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42	35	43	46	38	50	36	38	43
Schul- und Bildungssystem	34	26	35	35	32	45	34	29	27
Integration von Zuwanderern	30	21	32	30	30	43	29	23	26
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	30	22	32	32	29	41	28	24	28
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	28	20	30	30	26	47	26	23	22
Sicherung der Altersversorgung	27	27	27	30	24	23	19	20	37

Die Zufriedenheitswerte in den meisten Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Etwas gestiegen ist die Zufriedenheit mit der Sicherung der Altersversorgung.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015 %	2016 %	2017 %	2018 I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	KW35 %	KW38 %	KW41 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	84	85	84	84
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	67	68	69	69	70
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	51	51	49	51	50
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	43	42	47	44	42
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	36	34	34	34
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	27	26	27	30	30
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	30	26	26	29	30
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	31	30	31	30	28
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	27	25	27	24	27

Bei der Themenwahrnehmung im Hinblick auf die Arbeit der Bundesregierung ist wegen der Diskussionen um drohende Fahrverbote aktuell das Thema „Diesel-Skandal“ mit 27 Prozent das am häufigsten genannte Thema, nachdem vor drei Wochen noch das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik dominiert hatte, das aktuell mit 19 Prozent am zweithäufigsten genannt wird.

10 Prozent nennen das Thema Ausländer und Integration allgemein, jeweils 7 Prozent die Themen Umwelt- sowie Rentenpolitik.

Weitere Themen, die aktuell von den Bundesbürgern wahrgenommen werden, sind u.a. die Gesundheitspolitik (6 %) und der Wohnungsbau (5 %).

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018					
			I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW35	KW38	KW41
	%	%	%	%	%	%	%	%
Diesel-Skandal	-	6	4	4	2	3	4	27
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	16	17	20	29	25	24	19
Ausländer, Integration allg.	8	6	6	9	15	13	10	10
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	2	3	2	3	3	2	7
Rente, Rentenpolitik	8	5	5	5	16	36	10	7
Gesundheitspolitik	0	1	5	6	7	5	6	6
Wohnungsbau, Wohnungspolitik	0	1	1	1	2	2	9	5

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 4 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	15. bis 19. Oktober 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

59 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

41 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017	62	38
	2018 I. Quartal	58	41
	II. Quartal	60	40
	III. Quartal	57	42
	KW 42	59	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen, Ältere und die Ostdeutschen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer, jüngere Befragte und Westdeutsche.

Von den Parteianhängern machen sich aktuell vor allem die Anhänger der Linkspartei, der SPD und der Grünen um den Weltfrieden Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	59	41
Ost	67	32
West	57	42
Männer	49	51
Frauen	69	31
18- bis 29-Jährige	58	42
30- bis 44-Jährige	52	47
45- bis 59-Jährige	63	36
60 Jahre und älter	64	36
Anhänger der: CDU/CSU	51	49
SPD	64	36
FDP	48	52
Linke	65	35
Grünen	64	35
AfD	58	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden unverändert am häufigsten – wenn auch mit rückläufiger Tendenz – die USA (20 %) genannt. Alle anderen Krisen oder Entwicklungen folgen mit deutlichem Abstand: Jeweils 12 Prozent nennen in diesem Zusammenhang Asylbewerber und Flüchtlinge sowie den Nahen Osten, jeweils 9 Prozent die Situation in Syrien und die Umwelt bzw. das Klima.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017	2018			
			I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW42
	%	%	%	%	%	%
USA	6	17	19	25	26	20
Syrien	18	11	13	13	10	9
Nord-Korea	-	9	20	9	4	4
Naher Osten, arabische Länder	10	8	10	15	12	12
Türkei	7	10	8	4	7	7
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	10	9	8	15	12
Russland	9	6	8	9	6	6
Afrika	2	3	2	2	3	4
Krieg, Terrorismus allgemein	11	9	5	4	5	6
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	3	2	2	2	4
Umwelt, Klima	2	3	3	4	5	9
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	6	5	5
Handelskrieg	-	-	-	-	5	6
Armut	2	2	2	2	2	3

*) offene Abfrage, Nennungen ab 3 Prozent

41 Prozent der Bundesbürger (insbesondere die Anhänger der Grünen) meinen aktuell, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

10 Prozent sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Weniger als die Hälfte (47 %) der Bundesbürger ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

■ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016		30	11	58
2017		35	9	54
2018	I. Quartal	39	10	49
	II. Quartal	40	10	48
	III. Quartal	40	9	48
	KW 42	41	10	47
Ost		38	11	49
West		41	10	46
18- bis 29-Jährige		51	10	37
30- bis 44-Jährige		40	15	42
45- bis 59-Jährige		39	10	48
60 Jahre und älter		41	6	51
Anhänger der:	CDU/CSU	37	5	54
	SPD	50	5	44
	FDP	49	5	45
	Linke	44	13	42
	Grünen	59	4	34
	AfD	23	28	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf die Europäische Union meinen aktuell 43 Prozent der Bundesbürger, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 18 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

36 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017	37	16	44
2018 I. Quartal	40	15	41
II. Quartal	41	16	39
III. Quartal	42	16	37
KW 42	43	18	36
Ost	50	19	26
West	42	18	37
18- bis 29-Jährige	45	17	37
30- bis 44-Jährige	45	15	33
45- bis 59-Jährige	48	19	29
60 Jahre und älter	37	20	38
Anhänger der: CDU/CSU	40	12	46
SPD	36	22	38
FDP	41	19	32
Linke	38	29	30
Grünen	29	23	43
AfD	66	23	8

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

22. Oktober 2018
q8213.42/36867 Hr

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.504 Befragte
Erhebungszeitraum:	22. bis 26. Oktober 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

19 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 17 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 62 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017	18	15	67
	2018 I. Quartal	17	13	69
	II. Quartal	17	16	67
	III. Quartal	18	16	66
	KW 40	18	14	68
	KW 43	19	17	62
Ost		17	20	62
West		20	17	62
Männer		24	15	59
Frauen		15	19	65
Haushaltsnettoeinkommen:				
-	unter € 1.500	14	31	52
-	€ 1.500 bis unter € 3.000	20	23	57
-	€ 3.000 oder mehr	25	10	65

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 22 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 12 Prozent mit einer Verschlechterung. 64 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt: 2015		22	15	62
2016		22	13	64
2017		24	11	65
2018	I. Quartal	24	10	65
	II. Quartal	24	12	64
	III. Quartal	22	12	65
	KW 40	22	13	64
	KW 43	22	12	64
Ost		14	16	69
West		23	12	63
Männer		24	14	62
Frauen		19	11	67
18- bis 29-Jährige		39	8	50
30- bis 44-Jährige		31	13	54
45- bis 59-Jährige		18	14	67
60 Jahre und älter		9	14	76
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		25	16	56
- € 1.500 bis unter € 3.000		22	15	62
- € 3.000 oder mehr		20	10	69
Anhänger der:	CDU/CSU	29	9	62
	SPD	17	10	71
	FDP	22	12	66
	Linke	15	21	60
	Grünen	21	10	69
	AfD	10	28	62

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

43 Prozent sind hingegen der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017	50	42
	2018 I. Quartal	49	41
	II. Quartal	49	41
	III. Quartal	51	41
	KW 40	47	44
	KW 43	49	43
Ost		37	51
West		51	41
Männer		51	42
Frauen		46	44
18- bis 29-Jährige		46	45
30- bis 44-Jährige		52	43
45- bis 59-Jährige		54	39
60 Jahre und älter		48	42
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		27	67
- € 1.500 bis unter € 3.000		44	48
- € 3.000 oder mehr		64	30
Anhänger der:	CDU/CSU	53	41
	SPD	50	41
	FDP	62	34
	Linke	42	49
	Grünen	58	34
	AfD	36	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

45 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

30 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017	51	30	19
2018 I. Quartal	52	26	20
II. Quartal	50	28	20
III. Quartal	46	30	22
KW 40	46	29	22
KW 43	45	30	23

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bezieher höherer Einkommen glauben häufiger als Befragte mit niedrigen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse optimistisch einschätzen.

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen insbesondere die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % ^{*)}
insgesamt	45	30	23
Ost	37	39	22
West	46	29	23
Männer	46	28	23
Frauen	44	32	23
18- bis 29-Jährige	48	29	23
30- bis 44-Jährige	43	38	18
45- bis 59-Jährige	43	32	24
60 Jahre und älter	45	27	26
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	30	41	27
- € 1.500 bis unter € 3.000	37	34	27
- € 3.000 oder mehr	54	27	19
Anhänger der: CDU/CSU	56	23	21
SPD	53	22	23
FDP	53	29	18
Linke	38	41	18
Grünen	53	23	24
AfD	24	48	25

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis: 1.504 Befragte
 Erhebungszeitraum: 29. Oktober bis 2. November 2018
 statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte
 Auftraggeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

38 Prozent der Bundesbürger (+ 6 Prozentpunkte) haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

54 Prozent sind aktuell der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017	50	42
	2018 I. Quartal	43	47
	II. Quartal	40	50
	III. Quartal	36	55
	KW 35	36	54
	KW 38	32	59
	KW 41	32	60
	KW 44	38	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen mehrheitlich nur die Anhänger der Unionsparteien.

Dass Deutschland sich in eine falsche Richtung bewegt, meinen Insbesondere die Anhänger der Linkspartei und fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	38	54
Ost	35	60
West	39	53
Männer	41	52
Frauen	35	56
18- bis 29-Jährige	43	51
30- bis 44-Jährige	36	58
45- bis 59-Jährige	32	61
60 Jahre und älter	40	50
Anhänger der: CDU/CSU	56	33
SPD	46	46
FDP	34	59
Linke	27	69
Grünen	35	56
AfD	7	90

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 86 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 73 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

48 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität, 47 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, 38 Prozent mit dem Schul- und Bildungssystem, 32 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit und jeweils 30 Prozent mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern bzw. mit der Sicherung der Altersvorsorge zufrieden.

Am wenigsten zufrieden zeigen sich die Bundesbürger aktuell mit der Integration von Zuwandern (28 %).

▪ **Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen**

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	86	85	86	86	86	84	89	86	84
Lage am Arbeitsmarkt	73	70	74	76	70	74	82	79	64
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	48	34	51	53	44	64	56	44	37
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	47	29	50	51	42	51	47	41	47
Schul- und Bildungssystem	38	30	40	38	38	50	41	32	32
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	32	27	33	38	27	46	33	27	26
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	30	22	32	32	29	30	31	27	31
Sicherung der Altersversorgung	30	25	30	32	27	23	23	27	37
Integration von Zuwanderern	28	18	30	28	28	42	26	21	25

Die Zufriedenheitswerte in den meisten Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Etwas gestiegen ist die Zufriedenheit mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, mit dem Schul- und Bildungssystem sowie mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018						
	%	%	%	I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	KW35 %	KW38 %	KW41 %	KW44 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	84	85	84	84	86
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	67	68	69	69	70	73
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	51	51	49	51	50	48
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	43	42	47	44	42	47
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	36	34	34	34	38
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	31	30	31	30	28	32
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	30	26	26	29	30	30
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	27	25	27	24	27	30
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	27	26	27	30	30	28

Bei der Themenwahrnehmung im Hinblick auf die Arbeit der Bundesregierung liegen aktuell das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik und der Dieselskandal mit 16 bzw. 15 Prozent der Nennungen gleichauf.

Jeweils 6 Prozent nennen das Thema Ausländer und Integration allgemein bzw. Gesundheitspolitik, und jeweils 5 Prozent die Themen Wohnungsbau, Rente und Energiepolitik. Der Rückzug bzw. die Nachfolge von Angela Merkel als Parteivorsitzende wird ebenfalls von 5 Prozent der Bundesbürger genannt.

Als weiteres Thema wird von 4 Prozent die Energiepolitik bzw. Energiewende genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018						
			I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW35	KW38	KW41	KW44
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	16	17	20	29	25	24	19	16
Diesel-Skandal	-	6	4	4	2	3	4	27	15
Ausländer, Integration allg.	8	6	6	9	15	13	10	10	6
Gesundheitspolitik	0	1	5	6	7	5	6	6	6
Wohnungsbau, Wohnungspolitik	0	1	1	1	2	2	9	5	5
Rente, Rentenpolitik	8	5	5	5	16	36	10	7	5
Rückzug/Nachfolge von Merkel	-	-	-	-	-	-	-	-	5
Mindestlohn	0	0	0	1	0	0	0	0	5
Energiepolitik/Energiewende	2	1	1	1	1	1	4	3	4

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 4 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	5. bis 9. November 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

57 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

42 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017	62	38
	2018 I. Quartal	58	41
	II. Quartal	60	40
	III. Quartal	57	42
	KW 42	59	41
	KW 45	57	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

Von den Parteianhängern machen sich aktuell vor allem die Anhänger der Linkspartei um den Weltfrieden Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	57	42
Ost	62	38
West	57	43
Männer	48	52
Frauen	67	32
18- bis 29-Jährige	40	60
30- bis 44-Jährige	59	40
45- bis 59-Jährige	59	41
60 Jahre und älter	66	33
Anhänger der: CDU/CSU	60	39
SPD	63	37
FDP	49	51
Linke	74	26
Grünen	57	42
AfD	50	48

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden unverändert am häufigsten – wieder mit steigender Tendenz – die USA (27 %) genannt. Alle anderen Krisen oder Entwicklungen folgen mit deutlichem Abstand: Jeweils 11 Prozent nennen in diesem Zusammenhang Asylbewerber und Flüchtlinge sowie den Nahen Osten und 9 Prozent die Situation in Syrien.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017	2018				
			I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW42	KW45
	%	%	%	%	%	%	%
USA	6	17	19	25	26	20	27
Syrien	18	11	13	13	10	9	9
Nord-Korea	-	9	20	9	4	4	4
Naher Osten, arabische Länder	10	8	10	15	12	12	11
Iran	1	1	1	5	4	2	4
Türkei	7	10	8	4	7	7	4
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	10	9	8	15	12	11
Russland	9	6	8	9	6	6	6
Afrika	2	3	2	2	3	4	4
Krieg, Terrorismus allgemein	11	9	5	4	5	6	4
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	3	2	2	2	4	3
„Neuer Kalter Krieg“	-	-	-	5	2	1	4
Umwelt, Klima	2	3	3	4	5	9	6
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	6	5	5	4
Handelskrieg	-	-	-	-	5	6	5

*) offene Abfrage, Nennungen ab 3 Prozent

40 Prozent der Bundesbürger (insbesondere die Anhänger der Linkspartei und der Grünen) meinen aktuell, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

8 Prozent sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Etwa die Hälfte (49 %) der Bundesbürger ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016		30	11	58
2017		35	9	54
2018	I. Quartal	39	10	49
	II. Quartal	40	10	48
	III. Quartal	40	9	48
	KW 42	41	10	47
	KW 45	40	8	49
Ost		36	13	51
West		41	7	49
18- bis 29-Jährige		47	6	43
30- bis 44-Jährige		34	14	49
45- bis 59-Jährige		46	8	43
60 Jahre und älter		36	6	56
Anhänger der:	CDU/CSU	38	4	56
	SPD	47	6	47
	FDP	31	9	59
	Linke	53	4	42
	Grünen	50	5	43
	AfD	24	31	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf die Europäische Union meinen aktuell 39 Prozent der Bundesbürger, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

41 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		%	%	%
2015		40	15	41
2016		42	16	38
2017		37	16	44
2018	I. Quartal	40	15	41
	II. Quartal	41	16	39
	III. Quartal	42	16	37
	KW 42	43	18	36
	KW 45	39	16	41
Ost		44	13	40
West		38	17	41
18- bis 29-Jährige		30	12	54
30- bis 44-Jährige		41	17	38
45- bis 59-Jährige		41	18	37
60 Jahre und älter		41	18	37
Anhänger der: CDU/CSU		41	8	48
	SPD	34	19	45
	FDP	46	13	38
	Linke	18	30	48
	Grünen	26	19	51
	AfD	67	24	5

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	12. bis 16. November 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

16 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 15 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 68 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017	18	15	67
	2018 I. Quartal	17	13	69
	II. Quartal	17	16	67
	III. Quartal	18	16	66
	KW 40	18	14	68
	KW 43	19	17	62
	KW 46	16	15	68
Ost		17	15	68
West		16	15	68
Männer		17	15	68
Frauen		15	15	69
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		15	23	62
- € 1.500 bis unter € 3.000		17	16	67
- € 3.000 oder mehr		18	11	71

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell 21 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 13 Prozent mit einer Verschlechterung. 66 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- *) änderung %
insgesamt:	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017	24	11	65
	2018 I. Quartal	24	10	65
	II. Quartal	24	12	64
	III. Quartal	22	12	65
	KW 40	22	13	64
	KW 43	22	12	64
	KW 46	21	13	66
Ost		15	16	69
West		22	12	65
Männer		22	14	64
Frauen		19	12	67
18- bis 29-Jährige		41	8	51
30- bis 44-Jährige		28	11	60
45- bis 59-Jährige		20	15	64
60 Jahre und älter		9	16	75
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		31	13	54
- € 1.500 bis unter € 3.000		18	15	66
- € 3.000 oder mehr		20	11	68
Anhänger der:	CDU/CSU	24	11	65
	SPD	24	8	68
	FDP	26	9	65
	Linke	21	15	63
	Grünen	18	13	69
	AfD	18	21	61

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

47 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

Fast ebenso viele (44 Prozent) sind hingegen der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017	50	42
	2018 I. Quartal	49	41
	II. Quartal	49	41
	III. Quartal	51	41
	KW 40	47	44
	KW 43	49	43
	KW 46	47	44
Ost		38	52
West		48	43
Männer		51	42
Frauen		43	46
18- bis 29-Jährige		39	54
30- bis 44-Jährige		48	43
45- bis 59-Jährige		55	38
60 Jahre und älter		44	45
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		24	68
- € 1.500 bis unter € 3.000		43	48
- € 3.000 oder mehr		61	32
Anhänger der:	CDU/CSU	54	37
	SPD	38	52
	FDP	56	40
	Linke	52	34
	Grünen	53	37
	AfD	47	46

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

46 Prozent der Bundesbürger glauben aktuell, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Unverändert 30 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017	51	30	19
2018 I. Quartal	52	26	20
II. Quartal	50	28	20
III. Quartal	46	30	22
KW 40	46	29	22
KW 43	45	30	23
KW 46	46	30	23

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen insbesondere die Anhänger der Linkspartei und der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich % *)
insgesamt	46	30	23
Ost	38	36	25
West	47	28	23
Männer	49	26	24
Frauen	43	33	22
18- bis 29-Jährige	49	26	26
30- bis 44-Jährige	46	31	22
45- bis 59-Jährige	42	34	23
60 Jahre und älter	46	28	24
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	48	30	20
- € 1.500 bis unter € 3.000	41	33	25
- € 3.000 oder mehr	50	29	21
Anhänger der: CDU/CSU	56	26	18
SPD	43	28	27
FDP	53	22	22
Linke	34	40	25
Grünen	52	24	24
AfD	31	39	27

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	19. bis 23. November 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

39 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

54 Prozent sind aktuell der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die

	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt: 2015	43	48
2016	41	50
2017	50	42
2018 I. Quartal	43	47
II. Quartal	40	50
III. Quartal	36	55
KW 35	36	54
KW 38	32	59
KW 41	32	60
KW 44	38	54
KW 47	39	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen mehrheitlich nur die Anhänger der Unionsparteien.

Dass Deutschland sich in eine falsche Richtung bewegt, meinen insbesondere die Anhänger der Linkspartei und fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	39	54
Ost	29	65
West	41	52
Männer	40	53
Frauen	38	54
18- bis 29-Jährige	38	56
30- bis 44-Jährige	37	59
45- bis 59-Jährige	33	60
60 Jahre und älter	43	46
Anhänger der: CDU/CSU	58	36
SPD	45	46
FDP	48	46
Linke	23	64
Grünen	46	45
AfD	9	89

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 83 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 70 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

Jeweils 45 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität bzw. mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte zufrieden. 36 Prozent zeigen sich mit dem Schul- und Bildungssystem, 31 Prozent mit der Integration von Zuwandern und jeweils 30 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit bzw. mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

Am wenigsten zufrieden zeigen sich die Bundesbürger aktuell mit der Sicherung der Altersvorsorge (26 %).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	83	74	85	86	80	82	82	83	82
Lage am Arbeitsmarkt	70	68	70	77	64	73	75	75	62
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	45	27	48	50	41	59	51	45	33
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	45	31	48	50	41	50	49	41	43
Schul- und Bildungssystem	36	25	38	41	33	50	39	30	31
Integration von Zuwanderern	31	22	32	28	33	44	37	23	23
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	21	32	34	27	45	30	26	23
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	30	20	31	31	28	42	30	24	27
Sicherung der Altersversorgung	26	25	27	28	25	24	18	22	36

Die Zufriedenheitswerte in den meisten Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Etwas gesunken ist die Zufriedenheit mit der Sicherung der Altersvorsorge.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015 %	2016 %	2017 %	2018 I.Quart. %	II.Quart. %	III.Quart. %	KW35 %	KW38 %	KW41 %	KW44 %	KW47 %
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	84	85	84	84	86	83
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	67	68	69	69	70	73	70
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	51	51	49	51	50	48	45
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	43	42	47	44	42	47	45
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	36	34	34	34	38	36
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	27	26	27	30	30	28	31
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	31	30	31	30	28	32	30
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	30	26	26	29	30	30	30
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	27	25	27	24	27	30	26

Bei der Themenwahrnehmung im Hinblick auf die Arbeit der Bundesregierung ist aktuell das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik mit 22 Prozent wieder das am häufigsten genannte Thema.

Das Thema Diesel-Skandal wird mit 17 Prozent am zweithäufigsten genannt, gefolgt vom Thema Ausländer bzw. Integration allgemein mit 10 Prozent.

Weitere Themen, die aktuell von den Bundesbürgern wahrgenommen werden, sind mit 7 Prozent die Rentenpolitik, mit 5 Prozent die Gesundheitspolitik und mit jeweils 4 Prozent der Rückzug bzw. die Nachfolge von Angela Merkel als Parteivorsitzende bzw. der Haushalt und die finanzielle Lage.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018							
			I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW35	KW38	KW41	KW44	KW47
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	16	17	20	29	25	24	19	16	22
Diesel-Skandal	-	6	4	4	2	3	4	27	15	17
Ausländer, Integration allg.	8	6	6	9	15	13	10	10	6	10
Rente, Rentenpolitik	8	5	5	5	16	36	10	7	5	7
Gesundheitspolitik	0	1	5	6	7	5	6	6	6	5
Rückzug/Nachfolge von Merkel	-	-	-	-	-	-	-	-	5	4
Haushalt/finanzielle Lage	1	1	1	3	2	1	2	1	1	4

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 4 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.502 Befragte
Erhebungszeitraum:	26. bis 30. November 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

60 Prozent der Bundesbürger machen sich aktuell um den Weltfrieden Sorgen.

40 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017	62	38
	2018 I. Quartal	58	41
	II. Quartal	60	40
	III. Quartal	57	42
	KW 42	59	41
	KW 45	57	42
	KW 48	60	40

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

Von den Parteianhängern machen sich aktuell vor allem die Anhänger der Linkspartei und der Grünen um den Weltfrieden Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	60	40
Ost	63	36
West	59	41
Männer	52	47
Frauen	66	33
18- bis 29-Jährige	47	53
30- bis 44-Jährige	60	40
45- bis 59-Jährige	65	35
60 Jahre und älter	66	34
Anhänger der: CDU/CSU	56	44
SPD	60	40
FDP	59	41
Linke	72	28
Grünen	69	31
AfD	52	47

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, wird infolge der Ereignisse um die Krim nun aktuelle die Ukraine (22 %) am häufigsten genannt, gefolgt von den USA mit 20 Prozent (- 7 Prozentpunkte).

Alle anderen Krisen oder Entwicklungen folgen mit deutlichem Abstand.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017	2018					
			I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW42	KW45	KW48
	%	%	%	%	%	%	%	%
Ukraine	5	3	2	2	2	2	2	22
USA	6	17	19	25	26	20	27	20
Syrien	18	11	13	13	10	9	9	5
Nord-Korea	-	9	20	9	4	4	4	2
Naher Osten, arabische Länder	10	8	10	15	12	12	11	8
Türkei	7	10	8	4	7	7	4	2
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	10	9	8	15	12	11	12
Russland	9	6	8	9	6	6	6	8
Afrika	2	3	2	2	3	4	4	2
Krieg, Terrorismus allgemein	11	9	5	4	5	6	4	4
Religion, religiöse Krisen/Kriege allg.	5	3	2	2	2	4	3	2
„Neuer Kalter Krieg“	-	-	-	5	2	1	4	5
Umwelt, Klima	2	3	3	4	5	9	6	6
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	6	5	5	4	3
Handelskrieg	-	-	-	-	5	6	5	4
Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus	1	1	1	1	1	2	2	2

*) offene Abfrage, Nennungen ab 2 Prozent

37 Prozent der Bundesbürger (insbesondere die Jüngeren sowie die Anhänger der Linkspartei und der Grünen) meinen aktuell, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

12 Prozent sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Die Hälfte (50 %) der Bundesbürger ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

■ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland			
	mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *)
	%	%	%
2015	29	10	58
2016	30	11	58
2017	35	9	54
2018 I. Quartal	39	10	49
II. Quartal	40	10	48
III. Quartal	40	9	48
KW 42	41	10	47
KW 45	40	8	49
KW 48	37	12	50
Ost	30	15	53
West	39	12	49
18- bis 29-Jährige	45	14	41
30- bis 44-Jährige	37	16	45
45- bis 59-Jährige	38	10	51
60 Jahre und älter	33	10	55
Anhänger der: CDU/CSU	33	7	58
SPD	38	5	57
FDP	29	13	58
Linke	48	10	42
Grünen	56	5	39
AfD	16	37	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf die Europäische Union meinen aktuell 41 Prozent der Bundesbürger, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 16 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

39 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten			
	zu viel Rücksicht %	zu wenig Rücksicht %	verhält sich *) genau richtig %
2015	40	15	41
2016	42	16	38
2017	37	16	44
2018 I. Quartal	40	15	41
II. Quartal	41	16	39
III. Quartal	42	16	37
KW 42	43	18	36
KW 45	39	16	41
KW 48	41	16	39
Ost	46	17	34
West	40	15	40
18- bis 29-Jährige	44	20	32
30- bis 44-Jährige	43	16	39
45- bis 59-Jährige	48	12	36
60 Jahre und älter	34	18	43
Anhänger der: CDU/CSU	40	9	49
SPD	41	13	44
FDP	49	15	36
Linke	22	36	37
Grünen	32	17	47
AfD	65	22	9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur eigenen finanziellen Lage

Datenbasis:	1.501 Befragte
Erhebungszeitraum:	3. bis 7. Dezember 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

19 Prozent der Bundesbürger geben an, dass es ihnen bzw. ihrem Haushalt gegenwärtig finanziell besser, 16 Prozent, dass es ihnen schlechter geht als vor einem Jahr.

Die große Mehrheit von 64 Prozent der Befragten konstatiert keine Veränderung ihrer finanziellen Situation.

■ Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Die eigene finanzielle Situation bzw. die ihres Haushalts hat sich im vergangenen Jahr		
		ver- bessert %	ver- schlechtert %	nicht *) verändert %
insgesamt:	2015	17	16	66
	2016	17	15	67
	2017	18	15	67
	2018 I. Quartal	17	13	69
	II. Quartal	17	16	67
	III. Quartal	18	16	66
	KW 40	18	14	68
	KW 43	19	17	62
	KW 46	16	15	68
	KW 49	19	16	64
Ost		16	16	67
West		19	16	64
Männer		22	13	65
Frauen		16	20	64
Haushaltsnettoeinkommen:				
	- unter € 1.500	17	24	59
	- € 1.500 bis unter € 3.000	11	22	66
	- € 3.000 oder mehr	27	10	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für das kommende Jahr rechnen aktuell zum Jahresende 20 Prozent mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 13 Prozent mit einer Verschlechterung.

65 Prozent erwarten in dieser Hinsicht keine Veränderung.

▪ Erwartungen an eine Veränderung der eigenen finanziellen Situation?

		Es erwarten eine		
		Verbes- serung %	Verschlech- terung %	keine Ver- änderung % *)
insgesamt:				
	2015	22	15	62
	2016	22	13	64
	2017	24	11	65
	2018 I. Quartal	24	10	65
	II. Quartal	24	12	64
	III. Quartal	22	12	65
	KW 40	22	13	64
	KW 43	22	12	64
	KW 46	21	13	66
	KW 49	20	13	65
Ost		19	16	64
West		21	12	66
Männer		22	12	64
Frauen		19	14	67
18- bis 29-Jährige		40	4	54
30- bis 44-Jährige		29	14	55
45- bis 59-Jährige		18	16	64
60 Jahre und älter		7	15	78
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500		23	15	61
- € 1.500 bis unter € 3.000		20	15	63
- € 3.000 oder mehr		20	11	69
Anhänger der:				
	CDU/CSU	19	7	73
	SPD	20	10	68
	FDP	20	16	64
	Linke	24	10	61
	Grünen	22	12	66
	AfD	8	28	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

44 Prozent der Bundesbürger meinen, dass aktuell ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

46 Prozent sind hingegen der Meinung, dass man sich mit größeren Anschaffungen zur Zeit eher zurückhalten sollte.

▪ Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen?

		Aktuell wäre ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen	
		ja %	nein *) %
insgesamt:	2015	52	40
	2016	52	40
	2017	50	42
	2018 I. Quartal	49	41
	II. Quartal	49	41
	III. Quartal	51	41
	KW 40	47	44
	KW 43	49	43
	KW 46	47	44
	KW 49	44	46
Ost		42	48
West		44	45
Männer		48	43
Frauen		40	48
18- bis 29-Jährige		43	42
30- bis 44-Jährige		50	43
45- bis 59-Jährige		46	44
60 Jahre und älter		42	46
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500		22	63
- € 1.500 bis unter € 3.000		40	51
- € 3.000 oder mehr		60	35
Anhänger der:	CDU/CSU	48	42
	SPD	49	41
	FDP	64	31
	Linke	48	41
	Grünen	54	37
	AfD	39	52

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

46 Prozent der Bundesbürger glauben wie im November, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Unverändert 30 Prozent meinen, dass die meisten in ihrem Umfeld ihre eigene wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (I)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- schiedlich %
insgesamt: 2015	47	32	18
2016	46	34	18
2017	51	30	19
2018 I. Quartal	52	26	20
II. Quartal	50	28	20
III. Quartal	46	30	22
KW 40	46	29	22
KW 43	45	30	23
KW 46	46	30	23
KW 49	46	30	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftliche Lage eher pessimistisch einschätzen, meinen insbesondere die Anhänger der AfD.

▪ Vermutete Fremdeinschätzung der wirtschaftlichen Situation (II)

Es glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse einschätzen:

	eher optimistisch %	eher pessimistisch %	unter- *) schiedlich %
insgesamt	46	30	22
Ost	44	31	22
West	46	30	22
Männer	52	27	19
Frauen	40	33	24
18- bis 29-Jährige	53	29	12
30- bis 44-Jährige	45	32	22
45- bis 59-Jährige	42	34	23
60 Jahre und älter	45	29	24
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.500	40	32	23
- € 1.500 bis unter € 3.000	38	36	25
- € 3.000 oder mehr	55	25	18
Anhänger der: CDU/CSU	53	28	17
SPD	51	30	16
FDP	59	27	13
Linke	47	28	25
Grünen	51	25	23
AfD	22	44	31

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen der Bundesbürger zur allgemeinen Lebenslage und zur Wahrnehmung der Politik der Bundesregierung

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	10. bis 14. Dezember 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

36 Prozent der Bundesbürger haben aktuell den Eindruck, dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln.

54 Prozent sind aktuell der Meinung, dass sich die Dinge hierzulande in die falsche Richtung entwickeln.

■ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (I)

		Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die	
		richtige Richtung	falsche *) Richtung
		%	%
insgesamt:	2015	43	48
	2016	41	50
	2017	50	42
	2018 I. Quartal	43	47
	II. Quartal	40	50
	III. Quartal	36	55
	KW 35	36	54
	KW 38	32	59
	KW 41	32	60
	KW 44	38	54
	KW 47	39	54
	KW 50	36	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung entwickeln, meinen mehrheitlich nur die Anhänger der Unionsparteien.

Dass Deutschland sich in eine falsche Richtung bewegt, meinen insbesondere die Anhänger der Linkspartei und fast alle Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur allgemeinen Lage in Deutschland (II)

Die Dinge in Deutschland entwickeln sich in die		
	richtige Richtung %	falsche *) Richtung %
insgesamt	36	54
Ost	36	54
West	36	54
Männer	36	57
Frauen	36	50
18- bis 29-Jährige	38	53
30- bis 44-Jährige	36	55
45- bis 59-Jährige	32	60
60 Jahre und älter	38	48
Anhänger der: CDU/CSU	54	34
SPD	46	45
FDP	34	54
Linke	30	63
Grünen	43	46
AfD	2	94

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen zeigen sich die Bundesbürger am zufriedensten mit der Lebensqualität in Deutschland insgesamt: 83 Prozent sind damit (sehr) zufrieden.

Mit der Lage am Arbeitsmarkt sind aktuell 68 Prozent zufrieden.

Mit allen anderen abgefragten Lebens- und Problembereichen ist jeweils weniger als die Hälfte der Bundesbürger zufrieden.

47 Prozent sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität und 43 Prozent mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte zufrieden. 33 Prozent zeigen sich mit dem Schul- und Bildungssystem, 30 Prozent mit dem Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit und jeweils 29 Prozent mit der Integration von Zuwanderern bzw. mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zufrieden.

Am wenigsten zufrieden zeigen sich die Bundesbürger aktuell mit der Sicherung der Altersvorsorge (25 %).

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	insge- samt %	Ost %	West %	Män- ner %	Frau- en %	18-29- Jährige %	30-44- Jährige %	45-59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Lebensqualität in Deutschland	83	81	83	83	82	91	80	79	83
Lage am Arbeitsmarkt	68	69	68	73	63	71	73	68	63
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	47	36	49	49	45	59	50	45	38
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	34	44	48	38	41	43	38	45
Schul- und Bildungssystem	33	24	35	34	33	46	37	27	27
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	30	23	31	31	28	46	31	24	23
Integration von Zuwanderern	29	23	30	28	30	38	26	25	26
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	29	25	29	28	29	36	27	28	26
Sicherung der Altersversorgung	25	29	24	26	23	22	20	18	32

Die Zufriedenheitswerte in den meisten Lebens- und Problembereichen bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der letzten Erhebung.

Weiter rückläufig ist die Zufriedenheit mit dem Schul- und Bildungssystem.

▪ Zufriedenheit mit verschiedenen Lebens- und Problembereichen

Es sind (sehr) zufrieden mit der/dem ...	2015	2016	2017	2018								
	%	%	%	I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW35	KW38	KW41	KW44	KW47	KW50
				%	%	%	%	%	%	%	%	%
Lebensqualität in Deutschland	87	87	87	85	85	84	85	84	84	86	83	83
Lage am Arbeitsmarkt	64	66	68	68	67	68	69	69	70	73	70	68
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53	46	49	48	51	51	49	51	50	48	45	47
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32	37	43	43	43	42	47	44	42	47	45	43
Schul- und Bildungssystem	44	46	41	36	35	36	34	34	34	38	36	33
Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit	35	34	34	31	31	30	31	30	28	32	30	30
Integration von Zuwanderern	30	30	32	30	27	26	27	30	30	28	31	29
Umgang mit Flüchtlingen/ Asylbewerbern	33	38	37	34	30	26	26	29	30	30	30	29
Sicherung der Altersversorgung	35	30	30	28	27	25	27	24	27	30	26	25

Bei der Themenwahrnehmung im Hinblick auf die Arbeit der Bundesregierung ist aktuell das Thema Ausländer bzw. Integration allgemein (12 %) das am häufigsten genannte Thema. Es folgen mit jeweils 9 Prozent die Themen Flüchtlinge bzw. Flüchtlingspolitik bzw. speziell die Diskussion um den UN-Migrationspakt.

Das Thema Diesel-Skandal bzw. die Nachfolge von Merkel und die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur CDU-Vorsitzenden werden von jeweils 7 Prozent genannt, gefolgt von der Gesundheitspolitik mit 6 Prozent.

Weitere Themen, die aktuell von den Bundesbürgern wahrgenommen werden, sind mit jeweils 5 Prozent die Rentenpolitik, die Bildungs- und Schulpolitik, der „Brexit“ und die Folgen sowie die Umwelt- bzw. Klimapolitik.

Die Diskussion um den §219a StGB wird von 4 Prozent genannt.

▪ **Wahrgenommene Themen der Bundesregierung *)**

Es haben von folgenden Themen, um die sich die Bundesregierung kümmert, in den vergangenen Wochen gehört oder gelesen:

	2016	2017	2018								
			I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW35	KW38	KW41	KW44	KW47	KW50
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Ausländer, Integration allg.	8	6	6	9	15	13	10	10	6	10	12
Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik allg.	31	16	17	20	29	25	24	19	16	22	9
Diskussion um UN-Migrationspakt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
Diesel-Skandal	-	6	4	4	2	3	4	27	15	17	7
Rückzug/Nachfolge von Merkel	-	-	-	-	-	-	-	-	5	4	7
Gesundheitspolitik	0	1	5	6	7	5	6	6	6	5	6
Rente, Rentenpolitik	8	5	5	5	16	36	10	7	5	7	5
Bildungs- und Schulpolitik	0	3	4	3	3	2	4	3	3	2	5
„Brexit“	0	1	0	0	1	0	1	0	1	2	5
Umweltpolitik/Klimapolitik	1	2	3	2	3	3	2	0	2	3	5
Diskussion um §219a StGB	-	-	0	0	0	0	0	0	0	0	4

*) offene Abfrage, aufgeführt sind alle Nennungen ab 4 Prozent

Meinungen der Bundesbürger zur welt- und europapolitischen Lage

Datenbasis:	1.503 Befragte
Erhebungszeitraum:	17. bis 21. Dezember 2018
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

58 Prozent der Bundesbürger machen sich zum Jahresende 2018 um den Weltfrieden Sorgen.

41 Prozent machen sich diesbezüglich weniger oder keine Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden I

		Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
		(sehr) große Sorgen	weniger/ gar *) keine Sorgen
		%	%
insgesamt:	2015	60	40
	2016	61	38
	2017	62	38
	2018 I. Quartal	58	41
	II. Quartal	60	40
	III. Quartal	57	42
	KW 42	59	41
	KW 45	57	42
	KW 48	60	40
	KW 51	58	41

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen machen sich um den Weltfrieden häufiger Sorgen als Männer und ältere häufiger als jüngere Befragte.

Von den Parteianhängern machen sich aktuell vor allem die Anhänger der AfD um den Weltfrieden Sorgen.

▪ Sorgen um den Weltfrieden II

	Es machen sich aktuell bezüglich des Weltfriedens ...	
	(sehr) große Sorgen %	weniger/ gar *) keine Sorgen %
insgesamt	58	41
Ost	61	38
West	57	42
Männer	52	47
Frauen	63	36
18- bis 29-Jährige	45	52
30- bis 44-Jährige	50	50
45- bis 59-Jährige	62	38
60 Jahre und älter	70	29
Anhänger der: CDU/CSU	61	39
SPD	63	37
FDP	49	51
Linke	56	40
Grünen	61	39
AfD	69	31

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die Frage, von welchen Krisen weltweit für Deutschland die größten Gefahren drohen, werden aktuell wieder die USA mit 19 Prozent genannt.

Alle anderen Krisen oder Entwicklungen folgen mit deutlichem Abstand: 12 Prozent nennen den Nahen Osten bzw. die arabischen Länder, jeweils 9 Prozent die Situation in Syrien, Asylbewerber und Flüchtlinge sowie die Lage in der Ukraine.

▪ Weltweite Krisen mit Bedrohungspotenzial für Deutschland *)

Von folgenden Krisen drohen für Deutschland die größten Gefahren

	2016	2017	2018						
			I.Quart.	II.Quart.	III.Quart.	KW42	KW45	KW48	KW51
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Ukraine	5	3	2	2	2	2	2	22	9
USA	6	17	19	25	26	20	27	20	19
Syrien	18	11	13	13	10	9	9	5	9
Naher Osten, arabische Länder	10	8	10	15	12	12	11	8	12
Türkei	7	10	8	4	7	7	4	2	4
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	10	9	8	15	12	11	12	9
Russland	9	6	8	9	6	6	6	8	8
Afrika	2	3	2	2	3	4	4	2	3
Krieg, Terrorismus allgemein	11	9	5	4	5	6	4	4	7
„Neuer Kalter Krieg“	-	-	-	5	2	1	4	5	3
Umwelt, Klima	2	3	3	4	5	9	6	6	8
(Welt-)Wirtschaftskrise	2	2	2	6	5	5	4	3	4
Handelskrieg	-	-	-	-	5	6	5	4	5

*) offene Abfrage, Nennungen ab 3 Prozent

36 Prozent der Bundesbürger (insbesondere die Anhänger der Grünen) meinen aktuell, dass Deutschland im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage mehr Verantwortung übernehmen sollte als bisher.

12 Prozent sprechen sich für mehr Zurückhaltung Deutschlands aus.

Die Hälfte (50 %) der Bundesbürger ist aktuell der Meinung, dass Deutschland außenpolitisch alles in allem genug tut.

■ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Welt

		Im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage sollte Deutschland		
		mehr Verantwortung übernehmen	weniger Verantwortung übernehmen	tut bereits *) genug
		%	%	%
2015		29	10	58
2016		30	11	58
2017		35	9	54
2018	I. Quartal	39	10	49
	II. Quartal	40	10	48
	III. Quartal	40	9	48
	KW 42	41	10	47
	KW 45	40	8	49
	KW 48	37	12	50
	KW 51	36	12	50
Ost		28	17	52
West		38	11	49
18- bis 29-Jährige		41	13	44
30- bis 44-Jährige		31	9	57
45- bis 59-Jährige		41	13	44
60 Jahre und älter		34	11	52
Anhänger der: CDU/CSU		35	7	57
	SPD	43	8	48
	FDP	40	5	55
	Linke	41	17	39
	Grünen	53	6	40
	AfD	21	33	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Hinblick auf die Europäische Union meinen aktuell 40 Prozent der Bundesbürger, dass Deutschland in der EU zu viel Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt und seine Interessen zu sehr zurückstellt, während 15 Prozent meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere Mitgliedsstaaten nimmt.

40 Prozent der Bundesbürger finden, dass Deutschland sich in der Europäischen Union alles in allem genau richtig verhält.

▪ Meinungen zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union

		Deutschland nimmt innerhalb der Europäischen Union auf andere Mitgliedsstaaten		
		zu viel Rücksicht	zu wenig Rücksicht	verhält sich *) genau richtig
		%	%	%
2015		40	15	41
2016		42	16	38
2017		37	16	44
2018	I. Quartal	40	15	41
	II. Quartal	41	16	39
	III. Quartal	42	16	37
	KW 42	43	18	36
	KW 45	39	16	41
	KW 48	41	16	39
	KW 51	40	15	40
Ost		43	15	36
West		40	15	41
18- bis 29-Jährige		33	16	45
30- bis 44-Jährige		46	12	39
45- bis 59-Jährige		47	12	37
60 Jahre und älter		37	20	39
Anhänger der: CDU/CSU		37	8	54
SPD		32	15	48
FDP		47	13	36
Linke		38	30	31
Grünen		25	22	51
AfD		67	21	8

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Januar 2019
q8213.51/37149 Hr